

Holzarbeiter

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes

Erscheint wöchentlich am Sonnabend. Bezugspreis 50 Pf. im Monat. Inserate nach Tarif. Arbeitsvermittlungen 50 Pf., Verbandsanzeigen 30 Pf. die sechsgespaltene Millimeterzeile. Redaktion und Expedition: Berlin SO 16, Am Köllnischen Park 2. Fernruf F7 (Jannowitz) 6246.

Nr. 16

Berlin, den 18. April 1931

39. Jahrgang

Zeitung

Gedenket der Arbeitslosen!

Fünf Millionen Arbeitslose! Eine fürchterliche Zahl. Mit dem Höhersteigen der Sonne beginnt sich das Heer der Arbeitslosen ein wenig zu lichten. Leise beginnt sich die Hoffnung zu regen, dass die Besserung in der Lage des Arbeitsmarktes nicht nur durch die Jahreszeit bedingt ist. Das auf lange Erfahrungen gegründete Gesetz, nach welchem in der kapitalistischen Wirtschaft Perioden der Hochkonjunktur mit Krisenzeiten abwechseln, hat seine Geltung nicht verloren, wenn auch der Krieg und die auf ihn folgende Zeit die Ordnung in dem Ablauf dieser Perioden gestört haben. Auf die fortdauernde Geltung dieses Gesetzes hauptsächlich stützt sich die Erwartung eines Umschwungs zum Besseren. Die Krise hat einen solchen Tiefstand erreicht, dass es schlimmer nicht werden kann. Nun müssen doch endlich die besseren Tage kommen.

Wir wünschen sehnlichst, dass sich diese Hoffnung verwirkliche, können aber die Befürchtung nicht unterdrücken, dass auch bei einer starken Besserung der Wirtschaftslage das Heer der Arbeitslosen noch sehr gross bleiben wird, viel grösser, als wir es aus den Krisenjahren der Vorkriegszeit gewohnt sind. Die herrschende Arbeitslosigkeit ist zu einem guten Teil eine Folge der Rationalisierung. Der von der Arbeiterschaft als Gegengewicht geforderten Verkürzung der Arbeitszeit wird der hartnäckigste Widerstand entgegengesetzt.

Die Gewerkschaften haben die Tendenz in der Entwicklung der kapitalistischen Produktion schon zu einer Zeit erkannt, als ihre Auswirkung bei weitem noch nicht so offen zutage lag wie heute, und sie haben daher auf Verkürzung der Arbeitszeit von jeher das grösste Gewicht gelegt. Der Achtstundentag, einst ein gewerkschaftliches Ziel, dessen Erreichung in unvorstellbarer Ferne lag, ist nun verwirklicht. Bei der rasenden Entwicklung der Technik ist die 48stündige Arbeitswoche aber schon viel zu lang. Wir fordern jetzt, wenn auch zunächst nur als Massnahme zur Linderung eines augenblicklichen Notstandes, die 40stündige Arbeitszeit. Schon zeigen sich Ansätze zur Verwirklichung dieser Forderung. Aber dessenungeachtet muss damit gerechnet werden, dass die Arbeitslosigkeit noch auf lange hinaus einen hohen Stand behaupten wird.

Auf diese Tatsache muss sich, in weit stärkerem Masse als seither, die gewerkschaftliche Tätigkeit einstellen. Die gewerkschaftliche Arbeitslosenunterstützung bedeutete einst, als sie vor Jahrzehnten eingeführt wurde, einen gewaltigen Fortschritt. So ge-

ring die Unterstützungssätze auch im einzelnen waren, sie waren der Ausdruck der Verbundenheit der erwerbstätigen Kollegen mit den Opfern der kapitalistischen Produktion. Staat und Gemeinde kümmerten sich nicht um die Erwerbslosen, die Gewerkschaft allein nahm sich ihrer an. Die gewerkschaftliche Arbeitslosenunterstützung ist für einen Zeitraum berechnet, der früher nur in Ausnahmefällen überschritten wurde. Heute muss mit einer viel längeren Dauer der Arbeitslosigkeit gerechnet werden. Nur zu schnell ist der Arbeitslose von seiner Gewerkschaft ausgesteuert. Das arbeitslose Verbandsmitglied verliert den Anspruch auf den Zuschuss aus der Verbandskasse; zwischen ihm und dem Unorganisierten, der von vornherein nur auf die Unterstützung aus den öffentlichen Kassen angewiesen war, verschwindet der Unterschied.

Damit wächst die Gefahr, dass der Arbeitslose dem erzieherischen Einfluss der Gewerkschaft entschwindet. Diese Gefahr ist um so grösser, als Kräfte am Werke sind, die darauf ausgehen, die Arbeitslosen als Werkzeuge für arbeiter- und gewerkschaftsfeindliche Bestrebungen zu benutzen. Die wirtschaftliche Not, der Hunger, die Entbehrungen, denen der Arbeiter bei längerer Arbeitslosigkeit ausgesetzt ist, führen notwendig zu tiefer Verbitterung. Der Arbeitslose wird leicht zur Beute derer, die ihn in den Dienst einer im Grunde arbeiterfeindlichen Bewegung spannen möchten.

An den Stempelstellen, wo sich täglich die Massen der Arbeitslosen zusammenfinden, sind die herrschende Not, ihre Ursache und die Wege zu ihrer Beseitigung das gegebene Gesprächsthema. Für Betrachtungen, die in das Wesen der Dinge eindringen, darauf gerichtet sind, die oft nicht leicht erkennbaren wirtschaftlichen Zusammenhängen zu entwirren, besteht wenig Neigung. Man sucht lieber nach einem Sündenbock, dem man die Schuld an den unleidlichen Zuständen beimessen kann.

Die Gewerkschaften wollen die Lage der Arbeiter verbessern. Die Lage der Arbeiter und namentlich der Arbeitslosen aber ist unerträglich. Also haben die Gewerkschaften ihre Pflicht nicht getan. Die Gewerkschaften sind schuld an dem Übel. Dieser Gedankengang ist dumm, aber er findet Gläubige. Da kommen die Beitragsschleichen, die Egoisten, die nur an sich allein denken, und rühmen sich, dass sie den „Gewerkschaftsschwindel“ durchschaut und ihn deshalb nicht unterstützt hätten. Beitragssätze sind

nur für die Dummen. Wenn sich die Arbeiter zusammenscharen zu einem vernichtenden Schlage gegen die Ausbeuter, wenn sie ihnen ihre Ausbeutungsinstrumente, die Fabriken, wegnehmen oder zerstören, dann errichtet das Proletariat seine Herrschaft.

Bei den Opfern der kapitalistischen Wirtschaft, die aus der Produktion ausgeschaltet, dem Hunger und der Entbehrung preisgegeben sind, finden solche Ansichten, so unsinnig sie sind, zumal wenn sie in einem Schwall klingender Phrasen vorgetragen werden, leicht Boden. So erklärt es sich, dass die Parteien, die den gewaltsamen Umsturz predigen und von der Errichtung der Diktatur einer Minderheit alles Heil erhoffen, in dem Heer der Arbeitslosen ihr bestes Rekrutierungsgebiet erblicken.

Erst waren es die Kommunisten allein, die dieses Feld abgrasten und sich bemühten, auf den Stempelstellen ihre Diktatur zu errichten. Nun beginnen ihnen die Nazis Konkurrenz zu machen. Dank der Freigebigkeit der Industriellen können sie auch gewisse materielle Vorteile bieten. So werden junge Leute für die Bürgerkriegsarmee der Nazis angeworben, vielfach nicht nur verpflegt, sondern auch kaserniert. Wenn auch die Ziele der Nationalsozialisten und der Kommunisten verschieden sind, so stimmen sie doch in ihrem Hass gegen die Gewerkschaften überein.

Die Tatsache, dass die arbeitslosen Gewerkschaftsmitglieder am stärksten der Gefahr ausgesetzt sind, durch Gewalt oder Überredung den Feinden der Arbeiterorganisation zum

Opfer zu fallen, zwingt zu systematischer Abwehr. Die Gewerkschaften müssen den Stempelstellen und den Arbeitslosen überhaupt gesteigerte Aufmerksamkeit zuwenden. Wir müssen verhindern, dass die Mitglieder durch lange Arbeitslosigkeit der Organisation entfremdet werden. Gelegentliche Arbeitslosenversammlungen in grösseren Zwischenräumen genügen nicht. Es müssen Wege gesucht werden, durch regelmässige Veranstaltungen das Interesse der Arbeitslosen an den gewerkschaftlichen Bestrebungen wach zu erhalten. Die Arbeitslosen müssen über ihre Rechte unterrichtet und in der restlosen Wahrnehmung dieser Rechte wirksam unterstützt werden. Die schwierigen Probleme der Wirtschaft müssen ihnen in ansprechender Weise nahegebracht werden; das Gefühl, dass sie der Organisation gleichgültig geworden sind, weil sie keine Beiträge zahlen können, darf bei ihnen nicht aufkommen.

In diesem Sinne ist an vielen Stellen seither schon erfolgreich gearbeitet worden. Wo es noch nicht geschehen ist, muss das Erforderliche in Angriff genommen werden. Die wirtschaftliche Not hat die Gewerkschaften in die Verteidigungsstellung gedrängt. Wir werden, sobald es die Verhältnisse gestatten, zum Angriff übergehen müssen, um verlorenes Terrain wiederzuerobieren. Dazu müssen wir unsere Organisationen intakt erhalten; mit allen Mitteln müssen wir bestrebt sein, zu verhindern, dass die arbeitslosen Kollegen der Organisation entfremdet werden.

Ein Attentat gegen unseren Verband

So muss man wohl den Schiedsspruch nennen, der am 9. April vom Schlichtungsausschuss Berlin unter dem Vorsitz des Gewerbers Körner in Sachen des Tarifvertrages für das Holzgewerbe in Berlin gefällt wurde.

Schon die Herabsetzung des Tariflohnes um etwa 8 Prozent, so dass der Lohn an der Spitze nur 1,20 Mk. beträgt, übersteigt die in anderen Bezirken vorgenommenen Abzüge wesentlich. Sie ist um so weniger begründet, als die in den anderen Bezirken im Jahre 1929 eingetretene Lohnerhöhung für Berlin nicht galt. Aber noch weit schlimmer ist die systematische Verschlechterung des Manteltarifvertrages. Man könnte fast meinen, die Mehrheit des Schlichtungsausschusses hätte eine sadistische Freude daran empfunden, all das zu zerschlagen, was die Holzarbeiter in jahrelangen Kämpfen mühsam errungen haben.

Der seitherige „Manteltarifvertrag“ für das Berliner Holzgewerbe“ datiert vom März 1925. Er entsprach in seinem Inhalt im wesentlichen dem damals geltenden zentralen Mantelvertrag. Die mannigfachen Verbesserungen, die seither zentral durchgeführt wurden, sind in ihm nicht enthalten. Hauptsächlich um eine Angleichung herbeizuführen, haben unsere Kollegen den Ver-

trag am 15. November 1929 gekündigt. Seither schweben Verhandlungen. Hierüber wurde in der „Holzarbeiter-Zeitung“ wiederholt berichtet. Diese Verhandlungen, wobei auf der Gegenseite zwei Unternehmerorganisationen in Betracht kommen, die sich spinnfeind sind, bilden ein Kapitel für sich, und kein kurzweiliges; wir wollen heute nicht näher darauf eingehen.

Wir müssen uns hier darauf beschränken, einen kurzen Blick auf das Machwerk zu werfen, das nach dem Willen des Schlichtungsausschusses für die Arbeitsverhältnisse der Berliner Holzarbeiter regeln soll. Dabei kann es sich nur um eine kleine Blütenlese aus dem übelduftenden Strauss handeln.

Da ist zunächst die Bestimmung über die Arbeitsvermittlung. Der Arbeitsnachweis war schon vor Jahrzehnten ein Objekt, für dessen Regelung die Berliner Holzarbeiter schwere Kämpfe geführt haben. Der § 4 des seitherigen Mantelvertrages sagt: „Die Arbeitsvermittlung erfolgt durch den öffentlichen Arbeitsnachweis der Stadt Berlin. Jeder Bedarf an Arbeitskräften sowie jedes Arbeitsgesuch ist bei diesem Arbeitsnachweis anzumelden.“ Der Schlichtungsausschuss will das Umschauen wieder einführen. Der Schiedsspruch sagt zwar, dass bei der Einstellung der

Arbeitsnachweis zu benutzen ist, fährt aber fort: „Namentliche Anforderungen sind zulässig.“ Das würde bedeuten, dass die Arbeitssuchenden die Betriebe ablaufen. Wer hierbei vom Unternehmer eingestellt wird, kann alsdann zur Erfüllung der Formaltät namentlich vom Arbeitsnachweis angefordert werden.

Etwas ganz Neues wird in § 6 bestimmt. Da heisst es: „Die Arbeitnehmer sind zur gesetzlich zugelassenen Überarbeit verpflichtet.“ Und entsprechend im § 8: „Zur Arbeit an Sonntagen und gesetzlichen Feiertagen sind die Arbeitnehmer im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen verpflichtet.“ So geht es nicht, dass man den Berliner Holzarbeitern zumutet, durch einen Vertrag auf ihr Persönlichkeitsrecht zu verzichten. Die gesetzliche Zulassung von Überzeit- und Sonntagsarbeit bedeutet lediglich die Straffreiheit für den Unternehmer, der solche Arbeitsleistung verlangt. Aber kein Arbeiter ist an sich verpflichtet, die Mehrarbeit zu verrichten, die dem Unternehmer gestattet ist. Der seitherige Vertrag verpflichtet den Unternehmer, sich über ein Verlangen nach Mehrarbeit mit der Betriebsvertretung zu verständigen.

Gehört etwa der Abbau der Betriebsvertretung ebenso wie der Abbau der Löhne zu den Aufgaben, denen sich die Schlichtungsstellen entsprechend den Wünschen der Reichsregierung zu unterziehen haben? Fast möchte man es meinen, wenn man sieht, wie der Schlichtungsausschuss wichtige Funktionen der Betriebsvertretung beseitigt und an deren Stelle das Diktat des Unternehmers setzt.

Aber noch mehr, der Schlichtungsausschuss hat aus dem alten Vertrag das Kapitel über die Betriebsvertretung glatt herausgestrichen. Hier ist von den Befugnissen dieser Vertretung die Rede und gesagt, dass in Betrieben ohne gesetzliche Arbeitervvertretung diese Befugnisse von dem Betriebsvertrauensmann wahrgenommen werden. Dieser Bestimmung wegen haben die Berliner Kollegen vor zehn Jahren einen langwierigen Streik geführt. Die Einrichtung hat sich auch bewährt, aber der Schlichtungsausschuss, das heisst Herr Körner und die Unternehmervertreter setzen sich leicht darüber hinweg. Dem Deutschen Holzarbeiter-Verband soll der Daumen ins Auge gedrückt werden.

Es ist nicht möglich, alle „Schönheiten“ des Tarifvertrages gebührend zu beleuchten. Den man unseren Kollegen in Berlin aufzwingen will, aber die Bosheit muss noch unterstrichen werden, mit der man unsere Kollegen um die Ferien betrügen will. Das Verfahren ist um so boshafter, als man nicht einfach sagt, die Ferien sind

abgeschafft. Der Schiedsspruch gewährt einen Anspruch auf Ferien, aber unter Bedingungen, die nur in seltenen Ausnahmefällen erfüllt werden können. Seither schon war das Ferienrecht in Berlin schlechter als sonst im Reich. Immerhin wurden nach 1/2-jähriger Beschäftigungszeit im Betrieb 3 Tage Ferien gewährt, steigend bis zu 7 Tagen nach 4 1/2 Jahren. Der neue Schiedsspruch verlangt einjährige ununterbrochene Beschäftigung im Betrieb, um das Anrecht auf 3 Ferientage zu erlangen. Man muss wissen, wie stark der Arbeiterwechsel in Berlin auch in Zeiten lebhaften Geschäftsganges ist, um den in dieser Bestimmung liegenden Hohn richtig zu würdigen. Die Dauer der Ferien soll steigen bis zu 7 Tagen, aber erst nach 7-jähriger Beschäftigung im Betrieb soll dieses Höchstmass erreicht werden können.

Es braucht kaum besonders erwähnt zu werden, dass der Schiedsspruch die Arbeiter auch aller Rechte berauben will, die ihnen das Bürgerliche Gesetzbuch gewährt. Nicht nur verzichten sie auf etwaige Ansprüche auf Grund des § 616 BGB., auch das Risiko für Betriebsstörung wird ihnen aufgehalst. Dabei wird noch im § 26 bestimmt: „Alle Ansprüche aus dem Arbeitsverhältnis verjähren 4 Monate nach dem Eintritt ihrer Fälligkeit.“

Der Schiedsspruch enthält noch eine ganze Menge weiterer Bestimmungen, die in hohem Masse anstössig sind; wir müssen aus Rücksicht auf den Raum darauf verzichten, sie alle zu beleuchten. Und dieser Sklavenvertrag soll unsere Berliner Kollegen zwei Jahre, bis zum 15. Februar 1933, binden.

Noch liegt uns die Begründung dieses Schiedsspruches nicht vor. Vielleicht erfahren wir daraus noch, ob Herr Gewerbe- rat Körner diese Fessel für die Berliner Holzarbeiter aus eigenem Antrieb oder auf höheren Befehl geschmiedet hat. Wir behalten uns vor, noch darauf zurückzukommen. Das eine können wir aber jetzt schon sagen, und das mögen die Stellen zur Notiz nehmen, die etwa berufen sein sollten, über die Verbindlichkeit dieses Schiedsspruches zu entscheiden. Die Berliner Holzarbeiter werden niemals unter dieses Joch gehen!

Wenn es darum zu tun ist, das ohnehin daniederliegende Berliner Holzgewerbe vor weiteren Schädigungen zu bewahren, muss dafür eintreten, dass dieses Machwerk verschwindet. Herr Gewerbe- rat Körner war sehr übel beraten, als er es unternahm, mit solchen Mitteln dem Gewerbe zu helfen. Wenn auch die Berliner Holzarbeiter schwer unter der Arbeitslosigkeit leiden, so darf man deshalb doch nicht mit ihnen Schindluder spielen wollen.

„für einzelne Gewerbebezüge oder Berufe nach Benehmen mit den Beteiligten die gesetzliche Höchstdauer der regelmässigen werktäglichen Arbeitszeit bis auf 40 Stunden wöchentlich herabzusetzen“. Hierbei sollen in jedem Einzelfalle die technischen, wirtschaftlichen und sozialpolitischen Voraussetzungen geprüft werden. Betriebe mit weniger als zehn Arbeitnehmern sollen hiervon nicht betroffen werden. „Wenn eine solche Anordnung der Reichsregierung ergeht, erlöschen die Bestimmungen der Tarifverträge, die ihr widersprechen, mit dem Ablauf eines Monats nach Verkündung der Anordnung.“ Der Zuschlag für Mehrarbeit soll mindestens 25 Prozent betragen, doch soll der Anspruch darauf nicht dem Arbeiter, sondern der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung zustehen.

Zur Frage der Doppelverdiener verlangt das Gutachten von den Behörden, dass sie ihren Beamten und Dauerangestellten die Genehmigung zu bezahlten Nebenbeschäftigungen unverzüglich widerrufen und neue Anträge nur genehmigen, soweit das mit Rücksicht auf den Arbeitsmarkt verantwortet werden kann. Dagegen wurde davon abgesehen, entsprechende gesetzliche Bestimmungen für private Betriebe zu verlangen, da sie leicht zu umgehen und schwer zu kontrollieren wären. Auch von dem Verlangen einer Pensionskürzung bei Arbeitseinkommen hat die Kommission abgesehen. Eine solche Bestimmung würde sich in erster Linie in einer Ausgabensenkung der öffentlichen Mittel auswirken, ihre Bedeutung für den Arbeitsmarkt aber wäre gering. Überdies liegt ein entsprechender Entwurf bereits den gesetzgebenden Körperschaften vor.

In bezug auf das Ausscheiden verheirateter Beamtinnen schlägt die Mehrheit der Kommission vor, durch Abfindungen einen Anreiz zu freiwilligem Ausscheiden zu geben. Eine Minderheit will weiter gehen, sie will weiblichen Beamten und Lehrern unter Gewährung einer Abfindung kündigen, wenn deren wirtschaftliche Versorgung gesichert erscheint.

Im übrigen empfiehlt die Kommission den privaten Arbeitgebern die Berücksichtigung der besonderen sozialen Verhältnisse bei der Besetzung der Arbeitsstellen. Sie sollen in Zusammenarbeit mit den Betriebsvertretungen dafür sorgen, dass bei Einstellungen und Entlassungen im Falle gleicher Eignung die sozialen Verhältnisse ausschlaggebend berücksichtigt werden. Darüber hinaus sollen die Arbeitgeber im Zusammenwirken mit den Betriebsvertretungen die Belegschaften daraufhin durchprüfen, ob Arbeitnehmer mit einem anderweitig gesicherten Einkommen im Betriebe vorhanden sind und, ohne unbillige Härte und ohne Verletzung der Betriebsinteressen ersetzt werden können. Mit Rücksicht auf ihr berufliches Fortkommen sollen Arbeitnehmer, deren Eltern ein gesichertes Einkommen haben, nicht schon deshalb durch die vorgeschlagenen Massregeln getroffen werden. Schliesslich wird den Arbeitsämtern die gewissenhafte Beachtung der seither schon geltenden Vorschriften zur Pflicht gemacht, bei gleicher

Eignung mehrerer Arbeitssuchender die sozialen Verhältnisse bei ihren Vorschlägen zu berücksichtigen.

Diese Vorschläge der Kommission sind nicht himmelstürmend, an ihnen ist noch mancherlei auszusetzen. So erscheinen die Forderungen bezüglich der Einführung der 40-Stunden-Woche recht zaghaft, wenn auch anzuerkennen ist, dass sich die Kommission diese von den Gewerkschaften erhobene Forderung wenigstens grundsätzlich zu eigen gemacht hat. Ein Mangel ist es, dass das Gutachten nichts über den notwendigen Lohnausgleich bei der Verkürzung der Arbeitszeit sagt. Dass es die Kommission als gerecht ansehen würde, die ganze Last auf die Arbeiter abzuwälzen, ist wohl kaum anzunehmen. Wenn die Regierung den Vorschlägen Folge gibt, wird sie diesen Punkt nicht übergehen können.

Eine eingehende Kritik der übrigen Punkte des Gutachtens können wir uns an dieser Stelle ersparen, wichtig ist vor allem die Frage nach der praktischen Auswirkung des Gutachtens. Wenn es überhaupt Bedeutung erlangen soll, müsste schnell gehandelt werden. Der gegebene Weg wäre der Erlass einer Notverordnung, bei deren Abfassung man aber der Stimme der berufenen Vertretung der Arbeiterschaft die gebührende Beachtung schenken müsste.

Rückgang der Spartätigkeit

Der Einlagenüberschuss der deutschen Sparkassen hat sich ganz wesentlich vermindert. Noch mehr ging der Einzahlungsüberschuss zurück. Vom Oktober 1928 bis Oktober 1930 sank dieser von 166 Millionen auf 37 Millionen Mark. Zu dieser Entwicklung bemerkt die Zeitschrift „Sparkasse“: „Die Gründe für diesen so bedauerlichen Rückgang liegen auf verschiedenen Gebieten. Erklärlich ist, dass die schwere Krise, die uns betroffen hat, zu einem wesentlichen Teil dazu beigetragen hat. Denn die Verdienste in allen Gewerben, Branchen und Berufen sind sehr erheblich zurückgegangen, und das hat natürlich auch die Sparrkraft der Bevölkerung beeinträchtigt. Aber die Wirtschaftskrise erklärt diesen ausserordentlich starken Rückgang der Einzahlungen nicht ganz. Hierzu kommen noch andere Gründe: mehr politischer Natur. Die sogenannte „Vertrauenskrise“ hat in vielen unklaren Köpfen Vorstellungen über die Möglichkeit eines Verfalls der deutschen Währung hervorgerufen, und die Folge waren Abhebungen und Zurückhaltung von Einzahlungen.“ Die rückläufige Entwicklung des Spareinlagenzuwachses ist besonders in den Grossstädten wahrnehmbar. Der Einlagenzuwachs der Sparkasse der Stadt Berlin betrug im vergangenen Jahre nur noch die Hälfte des Vorjahres. In umgekehrtem Verhältnis standen die Abhebungen von Spargeldern. Diese Entwicklung kann nicht überraschen. Wenn ein wesentlicher Teil der Bevölkerung nicht genügend zu essen hat, dann hört jede Spartätigkeit auf.

Die Wartetage beim Krankengeldbezug

Durch die Notverordnung vom 26. Juli 1930 wurde die Wartezeit von drei Tagen für den Bezug von Krankengeld zwingend gemacht. Die Krankenkassen dürfen nicht mehr, was früher zulässig war, in ihre Satzung eine Bestimmung aufnehmen, nach welcher erwerbsunfähige Kranke vor dem vierten Krankheitstage Krankengeld erhalten. Der Wortlaut der neuen Bestimmung lässt aber die Frage offen, wie es in den Fällen zu halten ist, in denen der Kranke bei derselben Krankheit wiederholt arbeitsunfähig wurde. Manche Versicherungsjuristen behaupten, dass, wenn der Versicherte zunächst drei Wochen arbeitsunfähig war, dann, während die Krankheit fortbestand, zwei Wochen arbeitsfähig wurde und nun wiederum Arbeitsunfähigkeit eintrat, auch beim zweiten Eintritt der Arbeitsunfähigkeit wieder drei Wartetage einzuhalten wären. Das Reichsversicherungsamt hat in einem Bescheide vom 26. Januar 1931 erklärt, dass es sich dieser Auffassung nicht anschliessen könne. Wenn während des selben Krankheitsfalles Zeiten von Arbeitsunfähigkeit und Arbeitsfähigkeit miteinander abwechseln, so sind die Wartetage nur einmal, und zwar bei der ersten Arbeitsunfähigkeit anzurechnen.

Bekämpfung der Arbeitslosigkeit

Die von der Reichsregierung Ende Januar eingesetzte Kommission, welche sich mit den grundlegenden Fragen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit beschäftigen sollte (wir haben darüber in Nr. 7 der „Holzarbeiter-Zeitung“ berichtet), hat ihr erstes Gutachten erstattet. Es wurde am Tage vor Ostern, gewissermassen als Ostergeschenk für das deutsche Volk, veröffentlicht. In der Tat ist das Gutachten geeignet, einige Hoffnung zu erwecken. Insofern nämlich, als die Kommission, der man ihrer Zusammensetzung wegen kein übermässiges Vertrauen entgegenbrachte, angenehm enttäuscht hat. Insbesondere auch darin, dass das Gutachten in seinen wesentlichen Teilen einstimmig gefasst wurde.

Gewiss blieben die Vorschläge hinter unseren Wünschen zurück, aber sie vertragen den Willen, dem Problem energisch zu Leibe zu gehen. Die Hoffnung wird man auch aus dem Grunde nicht zu hoch spannen dürfen, weil es sich bei den Vorschlägen der Kommission nicht etwa darum handelt, die Krise zu beseitigen. Nicht um die Beschaffung neuer Arbeitsaufträge handelt es sich, sondern um Massnahmen, einen grösseren Personenkreis an der Ausführung der vorhandenen Aufträge, zu beteiligen. Ob und inwieweit die gesetzgebenden Faktoren geneigt sein werden, den Vorschlägen zu folgen, steht noch dahin.

An erster Stelle steht das Verlangen an alle öffentlichen Körperschaften, längere Arbeitszeiten und Überarbeitszeiten irgend

entbehrlich, unverzüglich zu beseitigen“. Diese Körperschaften sollen bei ihren Aufträgen angemessene Lieferfristen gewähren, und die Schlichtungsbehörden sollen bei den Tarifparteien auf eine Verkürzung der tariflichen Arbeitszeit hinwirken.

Der folgende Absatz des Gutachtens enthält Grundzüge für einen Gesetzesentwurf, der die Regierung ermächtigt,



Sirenenklänge

Warum die Wirtschaftskrise?

Die Ursachen der ungeheuer grossen Wirtschaftskrise und die Wege zu ihrer Überwindung sind Gegenstand zahlreicher wissenschaftlicher Arbeiten. Viele Dutzende von Büchern sind über sie geschrieben worden, viele davon haben freilich nur den Wert von Makulatur. Aber es sind auch einige Bücher erschienen, die den Dingen sowohl hinsichtlich der Krisenursachen als auch der Wege zum Wiederaufstieg der Wirtschaft auf den Grund gehen. Wir kennen die Schriften von Fritz Naphthali: „Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit“ und von Prof. Emil Lederer: „Wege aus der Krise“. Zu diesen zwei Büchern, die schon vor einigen Wochen erschienen sind, ist soeben ein neues gekommen: Prof. Julius Hirsch: „Die Wirtschaftskrise.“ (Verlag S. Fischer Verlag, Berlin. Preis 1.50 Mk.) Hirsch ist einer der besten Kenner der deutschen Wirtschaft und der Weltwirtschaft. Sein Wort findet stets ein aufmerksames Ohr, auch bei denen, die in manchen Fragen oder auch durchweg anderer Ansicht sind als er. Vielleicht hätte er in seiner neuen Schrift hier und da etwas tiefer in die Probleme eindringen können; dass er es nicht getan hat, ist aber kein unbedingt Mangel, denn was man hier vermisst, findet man bei Naphthali und Lederer.

Professor Hirsch geht bei seinen Untersuchungen von den gegenwärtigen Tatsachen aus: „Mehr als 20 Millionen Arbeitslose, die Angehörigen dazugerechnet etwa 80 bis 90 Millionen Menschen, sind gezwungen, ihr Leben in Dürftigkeit und Not zu fristen. Demgegenüber ein beispielloser Überfluss an Rohstoffen. Not bei Überfluss, schwerer Mangel aus Überfluss, das ist der Tatbestand der grössten Weltwirtschaftskrise seit einem halben Jahrhundert.“

Die Hauptursachen der Wirtschaftskrise sieht Hirsch in dem stürmischen Rationalisierungsprozess in der Rohstoffproduktion und in der künstlichen Preisstützung auf allen Gebieten der Weltrohstoffwirtschaft. Ganz gewaltig sind die Veränderungen in der Landwirtschaft. Die Chemisierung des Ackers und die starke Verwendung von Maschinen haben zu einer riesigen Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion geführt. Nicht nur im Auslande, sondern auch in Deutschland. Im Auslande war die Folge ein grosser „Erdbeben der Preise“. In Deutschland hat man diesen zu verhindern gesucht und versucht ihn heute noch zu verhindern durch die künstliche Hochhaltung der Lebensmittelpreise. Das Mittel dazu sind die Zölle, die bei einigen Waren eine geradezu phantastische Höhe haben. Nach Hirsch kostet das Pfund Zucker auf dem Weltmarkt 6 Pf., in Deutschland beträgt allein der Einfuhrzoll 16 Pf. Eine Tonne Weizen kostete Mitte Dezember 1930 auf dem Weltmarkt etwa 115 Mk., in Deutschland aber 250 Mk. Für Roggen waren die Preise 70 Mk. und 165 Mk. Die Mehrbelastung der deutschen Verbraucher gegenüber den Weltmarktpreisen schätzt Hirsch auf 2 Milliarden Mark im Jahre.

Der Raum verbietet es, auf die von Hirsch im einzelnen angeführten Ursachen einzugehen. Erwähnt seien nur noch die Lasten aus dem Reparationsabkommen.

Wichtiger als die Ursachen ist es, die Wege kennenzulernen, die aus der Wirtschaftskrise herauszuführen. Hirsch hält den Lohnabbau nicht für einen zum Erfolg führenden Weg. Er bekennt sich als Anhänger der Kaufkrafttheorie. „Das hohe Löhne die Wirtschaft fördern, das ist nicht nur eine begreifliche, in allen Ländern verbreitete These dessen, der hohe Löhne wünscht.“ Hirsch wendet sich auch gegen das Gerede von der Notwendigkeit der Lohnsenkung zum Zwecke der Kapitalbildung beim Unternehmer. Ein solcher Lohnabbau bedeuere eine Verschiebung der Kaufkraft auf Unternehmer und Kapitalbesitzer. „Die Kaufkraftübertragung kann zu höheren Ausgaben des Unternehmers führen. Dann ist sie wirtschaftlich irrelevant (unerheblich). Auch Ansammlung beim Unternehmer ist dann zunächst irrelevant — wenn keine Kapitalflucht eintritt. Sie ist es nicht, weil es immerhin eine Kapitalflucht gibt. Lohn und Gehalt bleiben durchweg im Inlande. In Stunden der Gefahr ist das beim Reingewinn keineswegs sicher.“ Das sind treffliche Worte.

Die Mittel zur Überwindung der Wirtschaftskrise sind Preisabbau und

Kreditbeschaffung. Hirsch wendet sich mit grosser Entschiedenheit gegen die künstlich hochgehaltenen Monopolpreise. Soll die deutsche Wirtschaft wieder gesund, so müssen die Preise dem Weltmarktpreisstand angepasst werden. Wie die Dinge heute liegen, braucht die deutsche Wirtschaft ausländisches Kreditkapital. Das Aufhören der Kapitaleinfuhr infolge der wirtschaftlichen Schwierigkeiten und der politischen Vertrauenskrise, insbesondere nach der Reichstagswahl im September vorigen Jahres, hat der deutschen Wirtschaft einen schweren Stoss versetzt.

Professor Hirsch tritt in seinem lesenswerten Buche mit guten Gründen auch für eine Verkürzung der Arbeitszeit ein. Nicht nur als Notmassnahme, zur baldigen Eingliederung der Arbeitslosen in den Produktionsprozess, sondern als eine aus der Entwicklung heraus sich ergebende Notwendigkeit. „Die Verkürzung der Arbeitszeit ist etwas“, schreibt Hirsch, „das nicht nur menschlich eine ewige Hoffnung ist — im Schweisse deines Angesichts sollst du dein Brot essen, gewiss, aber der Frondienst soll nicht allzu lang währen —, sondern es liegt die Verkürzung der Arbeitszeit auch im ganzen Verlauf des kapitalistischen Zeitalters.“

Die Arbeitslosigkeit weicht!

Die Zahl der Arbeitssuchenden bei den Arbeitsämtern ist in der zweiten Märzhälfte um reichlich 220 000 zurückgegangen. Das ist eine sehr erfreuliche Erscheinung, aber die Arbeitslosigkeit ist noch immer riesengross, grösser als jemals in einem früheren Jahre. Ende März suchten noch rund 1 756 000 Männer und Frauen eine Arbeitsstelle. Diese Zahl birgt eine Unsumme von Not und Elend in sich. Viele hunderttausend Arbeiterfamilien sind seit vielen Monaten, Tausende und aber Tausende schon seit Jahren ohne Arbeitseinkommen. Sie leben von den Untertützungen, die knapp ausreichen zur Stillung des ärgsten Hungers. Für neue Kleidungsstücke bleibt nichts übrig und erst recht nichts für Haushaltsgegenstände. Entsetzlich ist das Los der Kinder der Arbeitslosen; wer ihr Schicksal nicht aus eigener Erfahrung kennt, kann sich von ihren körperlichen und seelischen Leiden gar keinen rechten Begriff machen.

Soll das nun endlich alles vorbei sein, wird die Wirtschaftslage sich bald so bessern, dass wieder alle Männer und Frauen eine lohnende Beschäftigung finden?

Wenn nicht alles täuscht, stehen wir vor einem Konjunktumschwung. Ob er die erwünschte Stärke erreichen wird, ist freilich fraglich. Soviel Hoffnung darf man aber haben, dass die nächsten Wochen und Monate eine fühlbare Belebung der Wirtschaft bringen werden. Das ist auch die Meinung der führenden Unternehmerkreise. Im Bericht der Deutschen Bank und Disconto-Gesellschaft für den Monat März lesen wir:

„In der Entwicklung der deutschen Konjunktur ist ein Stadium erreicht, das als Ende des Abstiegs und als Übergang in eine Milderung der schweren Depressionserscheinungen bezeichnet werden kann. Dafür sprechen die Vorgänge am Arbeitsmarkt, dem über die erleichternden Wirkungen der Frühjahrssaison hinaus die in einer Reihe von Industriezweigen sich bemerkbar machende Geschäftsbelebung Besserung zu bringen verspricht. Hinzu kommt, dass die stimmungsmässigen Grundlagen für die Anbahnung einer Konjunkturwende sich in letzter Zeit entschieden verbessert haben, nicht zuletzt unter dem Einfluss der beruhigten Auffassung der politischen Lage und der parlamentarischen Erfolge, welche die Reichsregierung zu verzeichnen hat. Auch von der Besserung der Börsenlage und der Erleichterung der Geld- und Kapitalmarktverhältnisse gehen belebende Kräfte aus, die auf die längere Dauer dazu angehen, zur Besserung der gesamten Wirtschaftslage das ihrige beizutragen und der Unternehmungslust neue Antriebe zu verleihen.“

Auch das Institut für Konjunkturforschung rechnet mit einer Wende der Wirtschaftslage. Allerdings werde die Besserung nicht so plötzlich und so stark eintreten, dass wir uns eines baldigen Tages in einer Hochkonjunktur befinden. So günstig sind die Aussichten leider in der Tat nicht.

Auf keinen Fall wird der Konjunkturaufschwung so kräftig sein, dass die Betriebe alle Arbeitslosen wieder aufnehmen können. Bei dem heutigen Stande der Maschinierung und Technisierung des Arbeitsprozesses wird das nur möglich sein, wenn die Arbeitszeit in allen Betrieben auf höchstens 40 Stunden begrenzt wird. Für diese Forderung einzutreten ist eine Pflicht gegenüber den Arbeitslosen!

Die Osthilfe

Der Reichstag hat kurz vor seiner halbjährigen Arbeitspause auch noch das hart umstrittene Osthilfegesetz verabschiedet. Dass Ostdeutschland sich in einer besonders schweren Notlage befindet, ist zu bekannt, als dass daran gezweifelt werden könnte. Aber nicht nur der ostdeutschen Landwirtschaft geht es schlecht, in gleichem Masse leiden Industrie und Handel, und ganz besonders deren Arbeiterschaft. An die Arbeiter hat die Reichsregierung bei der Ausarbeitung des Osthilfegesetzes überhaupt nicht gedacht, an die Unternehmer in Industrie und Handel nur der Form halber, ihre ganze Liebe gilt den Agrariern. Ob aus innerer Verbundenheit oder weil die lungenstarken Vertreter der Landwirtschaft am lautesten schreien können, sei dahingestellt.

Das Osthilfegesetz schafft 1,388 Milliarden Mark Reichsgelder nach Ostdeutschland. Davon sind bestimmt 850 Millionen für „Entschuldungsdarlehen“, 288 Millionen zur Verbilligung dieser Darlehen und 250 Millionen zur Förderung des landwirtschaftlichen Siedlungswesens im Rahmen der Entschuldung. Die ostdeutsche Landwirtschaft führt ihre Notlage vornehmlich auf die Überlastung mit Steuern und Kapitalzinsen zurück. Um sie von dieser kurzfristigen Verschuldung zu befreien, sollen die einzelnen Betriebe nun Entschuldungsdarlehen erhalten. Die Gewährung solcher Darlehen wird in jedem geeigneten Falle davon abhängig gemacht, dass der Entschuldungsbetrieb gewisse Landstücke zum Zwecke der Neu- und Anliegersiedlung abstösst. Auf diese Weise soll die Rückbildung der landwirtschaftlichen Grossbetriebe auf eine zweckmässige Betriebsgrösse eingeleitet und gleichzeitig der Lebensraum der bäuerlichen Bevölkerung erweitert werden.

Der Gedanke, der mit dem Osthilfegesetz verfolgt wird, ist zweifellos gut. Aber es entsteht die bange Frage, ob das Ziel, das erstrebt wird, auf diesem Wege und mit diesen Mitteln zu erreichen ist. Das bisherige Verhalten der Agrarier zwingt uns, hinter diese Frage ein grosses Fragezeichen zu setzen. Sie fordern vom Reiche ständig Hilfe, ohne selber etwas zu tun, um aus der Notlage herauszukommen. Es ist ja jetzt nicht das erstemal, dass das Reich der ostdeutschen Landwirtschaft mit Geld zu helfen versucht; diese hat in den letzten Jahren schon viele Hunderte von Millionen erhalten. Nun bekommt sie wieder Milliardenbeträge, ihre Vertreter sind aber noch lange nicht zufrieden. Im Reichsrat hat der Vertreter von Ostpreussen, Freiherr von Gayl, gegen das Osthilfegesetz gestimmt, da die Milliarden, die es der ostdeutschen Landwirtschaft schenkt, nur Bettelpennige seien. Seine Gesinnungsgenossen stecken diese Bettelpennige aber gern ein, geben sie ihnen doch die Möglichkeit, auch weiterhin auf Kosten der „Sau-Republik“ ein angenehmes Leben zu führen.

Zum Osthilfegesetz



„Ein Geschenk von der Sau-Republik“

Neue Mietbestimmungen

Am 1. April sind wichtige Teile der Notverordnung des Reichspräsidenten vom 1. Dezember 1930 über „Abbau und Beendigung der Wohnungszwangswirtschaft“ in Kraft getreten.

Von dem genannten Tage an ist eine Berufung auf die gesetzliche Miete nicht mehr zulässig: 1. wenn der Vermieter zum Abschluss des Mietvertrages wesentlich dadurch bewogen worden ist, dass der Mieter ihm ein günstigeres Angebot gemacht hat als ein anderer Bewerber; 2. wenn der andere Vertragsteil mit Rücksicht auf die abweichende Vereinbarung entsprechende Leistungen übernommen hat; 3. nach Ablauf eines Jahres seit Beginn der Mietzeit, es sei denn, dass derjenige, der sich auf die gesetzliche Miete beruft, in eine wirtschaftliche Notlage geraten ist.

Die Mietverträge, die nach dem 1. April 1931 für grosse Wohnungen und für alle Wohnungen in kleinen Gemeinden abgeschlossen worden sind, fallen nicht mehr unter das Mieterschutzgesetz. In Preussen z. B. (ähnliche Verordnungen haben die meisten anderen Länder erlassen) gelten als grosse Wohnungen solche mit Jahresmieten in Berlin von 3000 Mk. und mehr, in der Sonderklasse der Beamtenbesoldungs-Verordnung von 2400 Mk. und mehr, in der Ortsklasse A von 1800 Mk. und mehr, in der Ortsklasse B von 1300 Mk. und mehr, in der Ortsklasse C von 800 Mk. und mehr und in der Ortsklasse D von 500 Mark und mehr. Als kleine Gemeinden in diesem Sinne gelten Orte mit weniger als 15 000 Einwohnern. In diesen Gemeinden gibt es für die nach dem 1. April 1931 abgeschlossenen Mietverträge also keinen Mieterschutz mehr. Der Wegfall des Mieterschutzes bedeutet in seiner Auswirkung das freie Kündigungsrecht des Vermieters. Dieser kann die Wohnung zu jedem zulässigen Kündigungstermin kündigen. Der Mieter hat selbstverständlich das gleiche Recht.

Der Vermieter kann, wenn ihm das Wohnhaus seit mindestens drei Jahren gehört und er darin keine selbständige Wohnung innehat, die Aufhebung des Mietverhältnisses über eine Wohnung verlangen, wenn er selbst den Raum zu Wohnzwecken benutzen will. Der Anspruch besteht nicht, wenn der Vermieter bereits in einem anderen ihm gehörigen Hause eine selbständige Wohnung innehat. Im allgemeinen muss der Mieter in diesem Falle ausreichenden Ersatzraum erhalten. Ein Anspruch auf Ersatzraum besteht nicht, wenn die Aufhebung des Mietverhältnisses wegen Mierrückstandes geschieht und der Mieter bei ordnungsmässiger Wirtschaftsführung wenigstens einen Teil des rückständigen Betrages hätte entrichten können. Die Wohnungen der Hausmeister, Heizer und dergleichen unterliegen nicht mehr dem Mieterschutz.

Die Rechtsprechung in allen Mietsachen liegt nach wie vor beim zuständigen Amtsgericht, wenn nicht ein besonderes Mieteinigungsamt vorhanden ist. Auch der Mietwucherparagraf bleibt nach wie vor bestehen, so dass in besonderen Härtefällen der Mieter jederzeit auf diesen zurückgreifen kann.

Das Wohnungsmangelgesetz tritt am 1. April 1934 ausser Kraft, und das Reichsmietengesetz und das Gesetz über Mieterschutz und Mieteinigungsämter sollen am 1. April 1936 ausser Kraft treten. „falls bis zu diesem Zeitpunkt ein Gesetz in Kraft tritt, wodurch die Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuches über die Miete unter sozialen Gesichtspunkten ausgestaltet werden“.

Internationales Zuckerkartell

Die Bemühungen, die bereits vor dem Weltkrieg bestandene internationale Zuckerkonvention wieder neu zu errichten, haben jetzt zu einem Erfolg geführt. Die Hauptaufgabe des Zuckerkartells ist, das Angebot von Zucker der Nachfrage weitestgehend anzupassen. Der Weltmarkt wird zwischen den Produzenten der beteiligten Länder aufgeteilt, die Menge, die ein Land ausführen darf, ist genau vorgeschrieben. Auf diese Weise wird eine Erhöhung und später eine Stabilisierung des Weltmarktpreises erreicht. Auf die deutschen Zuckerpreise hat die internationale Vereinbarung zunächst wohl keinen Einfluss.



Aus dem Verbandsleben



Die Jugend ruft

Zurzeit wird von unseren Jugendgruppen im ganzen Reich eine erhöhte Werbetätigkeit entfalt. Es gilt, alle in der Holzindustrie beschäftigten jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen einschliesslich der Lehrlinge dem Verbandsleben zuzuführen. Darüber hinaus wollen wir auch den Nachwuchs gewinnen, der jetzt aus der Schule entlassen ist und sich dem Holzgewerbe widmen will.

Unsere jungen Kollegen sind sich der Schwierigkeit der übernommenen Aufgabe bewusst, aber mit Freuden bereit, ihre ganze Kraft dafür einzusetzen. Sie wissen aber auch, dass ihre Arbeit allein nicht zum Ziele führt, dass sie in weitem Masse auf die Mithilfe der älteren Kollegen angewiesen sind. Deshalb richten wir an jeden einzelnen Kollegen die Bitte: Hilf auch du mit, damit wir in den nächsten Monaten das uns gesteckte Ziel erreichen.

Kollege! Sage nicht, dass du nicht helfen könntest, weil dir die Voraussetzungen für die Werbearbeit fehlen. Gehörst du zu den Opfern der Wirtschaftskrise und führst dich dein Weg statt in die Werkstatt zum Arbeitsamt, so kannst du uns trotzdem behilflich sein. Auf dem Arbeitsamt triffst du immer wieder junge Berufskollegen. Mache sie auf unsere Veranstaltungen aufmerksam und veranlasse sie zu deren Besuch.

In deinem Verwandten- und Bekanntenkreis gib es sicher den einen oder anderen, der als Lehrling oder jugendlicher Arbeiter in der Holzindustrie beschäftigt ist und noch nicht unserem Verbandsleben angehört. Weise ihn auf die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation hin und mache ihn auf unsere Jugendgruppe aufmerksam. Du hilfst uns aber schon, wenn du den Namen und die Adresse des Betreffenden aufschreibst und sie im Büro der Verwaltungsstelle oder dem nächstbesten Vertrauensmann abgibst. So kann jeder bei einigermassen gutem Willen unsere Werbearbeit unterstützen. Deshalb lasst uns keine Fehlbitte tun, helfe jeder mit, soweit es in seinen Kräften steht.

Besonders wertvoll ist uns die Mithilfe unserer Betriebsräte und Vertrauensmänner. Ihr wisst genau, wer dem Verband angehört und wer nicht. Jeder Neueingestellte, ob Arbeiter oder Arbeiterin oder Lehrling, kommt schon in den ersten Tagen seiner Betriebszugehörigkeit mit euch in Fühlung. Nehmt euch der Unorganisierten und der neu ins Erwerbsleben Tretenden besonders an. Zeigt ihnen den Weg zur gewerkschaftlichen Organisation, macht sie auf den Bestand unserer Jugendgruppen und deren Veranstaltungen aufmerksam und veranlasst sie zu deren Besuch. Die Ortsverwaltung stellt für diese Arbeit Flugblätter, Jugendblätter und Versammlungseinladungen in der erforderlichen Anzahl zur Verfügung. Sollten sich besondere Schwierigkeiten ergeben, so teilt es der Ortsverwaltung oder Jugendleitung mit, damit von dort aus das Notwendige unternommen werden kann.

Die Jugend rechnet bei ihrer Werbearbeit auf die Mithilfe der älteren Kollegen. Sie rechnet um so mehr auf diese Mithilfe, als die Arbeit an der Jugend der gesamten Kollegenschaft zugute kommt.

In steigendem Masse hat die jugendliche Arbeitskraft auch in der Holzindustrie an Bedeutung gewonnen. In den durchrationalisierten und spezialisierten Betrieben ist die jugendliche Arbeitskraft zum lohnkostensparenden Faktor geworden. Dass sie bis heute nicht jetzt zu einer ersten Gefahr für den Arbeiter wurde, ist hauptsächlich auf das Wirken unserer Organisation zurückzuführen. In dem Masse jedoch, wie die jugendlichen Arbeitskräfte unseren Einfluss entzogen werden, werden sie zu Konkurrenten des erwachsenen Arbeiters.

Es gehört zu den wichtigsten Aufgaben der Organisation, die Erziehung des beruflichen Nachwuchses zu beeinflussen. Wir

müssen nicht nur bestrebt sein, den Lehrling bei der Erlernung der technischen Handgriffe zu fördern, wir müssen bei der Jugend auch das Solidaritäts- und Klassengefühl wecken und stärken. Der Lehrling, der jugendliche Arbeiter von heute, ist morgen unser Kollege, und er soll dann unser Mitkämpfer sein.

Daraus ergibt sich für den Verband das Muss gewerkschaftlicher Jugendarbeit, für jedes einzelne Gewerkschaftsmitglied die Pflicht, diese Bestrebungen nach besten Kräften zu unterstützen. Neben diese Pflicht setzt unsere verbände Jugend noch die Bitte um Mithilfe. Lasst den Ruf und die Bitte nicht achtlos an euch vorübergehen! Helft mit, damit der letzte Lehrling, der letzte jugendliche Arbeiter und die letzte jugendliche Arbeiterin unseren Reihen zugeführt werden kann! H. B.

Johann Baptist Weiss zum Gruss

Seit fünfundzwanzig Jahren führt nunmehr Kollege Johann Baptist Weiss als Angestellter die Geschäfte der Verwaltungsstelle Mainz. Zugleich mit seinem Dienstjubiläum konnte unser Kollege seinen sechzigsten Geburtstag feiern.

Weit über seinen Wirkungskreis hinaus erfreut sich unser Jubilar grosser Beliebtheit. Das dankt er vornehmlich seinem rheinischen Frohsinn, dem unverwundlichen Humor, der ihn zum würdigen Repräsentanten seiner rheinhessischen Heimat macht.



Baptist Weiss ist der lachende Philosoph. Wenn es auch seinem Naturell entspricht, die Dinge am liebsten von der fröhlichen Seite zu betrachten, so weiss er doch auch im Ernst seinen Mann zu stehen, und er hat es oft genug bewiesen.

Als er am 1. April 1906 als Angestellter in den Dienst des Verbandes trat, hatte er schon sieben Jahre lang die Verwaltungsstelle Mainz ehrenamtlich als Bevollmächtigter geleitet, und das mit glänzendem Erfolg. Zu Beginn des Jahres 1899, als er Bevollmächtigter wurde, hatten wir nur 177 Mitglieder in Mainz. Aber nun ging es unaufhaltsam aufwärts. Zu Beginn des Jahres 1906 war das Tausend überschritten, und die Notwendigkeit, die Geschäfte hauptamtlich führen zu lassen, war für die Mainzer Kollegen unabweislich. Dass für das Amt nur der „Schambes“ in Frage kam, war selbstverständlich.

Baptist Weiss hat das ihm entgegengebrachte Vertrauen in vollem Masse gerechtfertigt. Nicht nur im Verband und bei den Gewerkschaften erfreut er sich hohen Ansehens, auch in der Sozialdemokratischen Partei, die er lange Jahre auf dem Rathause vertrat, weiss man seine Kraft zu schätzen. Am 15. April ist Baptist Weiss 60 Jahre alt geworden und er kann mit Befriedigung auf seinen Lebensweg zurückblicken. Ihm liegt es nicht, viel Wesens von sich zu machen. Wir sind aber überzeugt, im Sinne sehr vieler Kollegen zu handeln, wenn wir dem Jubilar auch an dieser Stelle unseren Glückwunsch aussprechen. Möge uns der „Schambes“, so wie er ist, noch lange erhalten bleiben.

Zur Lage der Spazier- und Schirmstockbranche

Seit 1928 gilt diese Industrie gewissermassen als verschollen; irgendwelche nennenswerten Berichte und Abhandlungen in unserer „Holzarbeiter-Zeitung“ haben aufgehört. Auf Anfrage hat uns der Hauptvorstand mitgeteilt, dass in den monatlichen Berichtstafeln über den Beschäftigungsgrad der Branchen in der „Holzarbeiter-Zeitung“ seit 1928 die Stockindustrie nicht mehr erwähnt wurde, weil keine über 50 Arbeiter

beschäftigenden Grossbetriebe mehr vorhanden seien. Dadurch ist aber auch die Verbindung zwischen den Kollegen fast ganz abgerissen.

Wie sieht es in unserer Industrie aus? In der einst blühenden Industrie in der Kleinstadt Bürgel (Thüringen) wurden vor dem Kriege etwa 300 Kollegen beschäftigt; nach dem Kriege stieg die Zahl sogar auf mehr als 500. Heute sind es nur noch etwa 50! Die Kollegen, und vor allem die älteren, liegen, da hier eine nennenswerte andere Industrie fehlt, seit zwei, drei, ja vier Jahren auf der Strasse und leben sich selbst zur Last. Leider besteht keine Aussicht auf Besserung.

Die Ursachen des Elends sind zwei nebeneinander herlaufende Krisen: zu der allgemeinen Weltwirtschaftskrise kommt noch die Krise in der Industrie. Der Spazierstock ist das Opfer der rationalisierten Verkehrstechnik geworden, und nur alte, kranke Personen benötigen ihn. Auch der moderne Sport hat dazu beigetragen, den Spazierstock als Luxusgegenstand zu verbannen. Beim Schirmstock hat sich die Mode seit fünf Jahren zuungunsten der Holzverarbeitenden Industrie gänzlich verschoben, wozu auch die Kurzsichtigkeit der Unternehmer ein gerüttelt Mass beigetragen hat. Nach einer Aufstellung, die vor mehreren Jahren in unserer Zeitung erschien, wurde von einem Grossunternehmer aus dem Rheinland festgestellt, dass in Deutschland 5 Millionen Schirme jährlich konsumiert werden, aber nur für den dritten Teil wurden noch Holzstöcke angefertigt. Ob heute diese Zahlen noch richtig sind, ist zweifelhaft, aber jedenfalls sind die Verhältnisse für die Holzanzfertigung noch bedeutend schlechter geworden.

Die Kollegen hatten früher dank ihrer straffen Organisation einen guten Überblick über die Industrie, jetzt ist er aber gänzlich verlorengegangen. Wo Ersatz für den Holzstock angefertigt wird, ist nicht bekannt, wohl schwerlich in Stockfabriken. Ob eine organisatorische Regelung von Lohn- und Arbeitsbedingungen vorliegt, weiss ebenfalls niemand. Dass sollte von unserem Verband untersucht werden. Wer geglaubt hat, diese Mode wäre nur vorübergehend, der hat sich getäuscht, denn schon fünf Jahre währt sie, und die Holzverarbeitende Industrie ist inzwischen zum Handwerksbetrieb herabgesunken. Der Selbsterhaltungstrieb zwingt uns, Stellung zu nehmen, ehe es zu spät ist. Auch die Frage, ob der Industrie noch zu helfen ist, sollte von den Kollegen erörtert werden.

Friedrich Graf, Bürgel (Thüringen).

Der Streik in Minden beendet

Nach mehr als zwölfwöchiger Dauer konnte der Streik in der Möbelfabrik Moser in Minden in Westfalen beendet werden. Bekanntlich war diese Firma die einzige, die sich noch weigerte, die in dem Schiedsspruch für das östliche Westfalen festgesetzten Arbeitsbedingungen anzuerkennen. Der Schiedsspruch war von der Unternehmerorganisation abgelehnt worden, aber die einzelnen Unternehmer haben dann die darin enthaltenen Bedingungen anerkannt, nur die Firma Moser wollte grössere Abzüge vornehmen. Sie hat kein Mittel unversucht gelassen, ihren Willen zu erreichen. Nazis und Stahlhelmer haben ihr Streikbrecher zur Verfügung gestellt.

Aber auch unsere Kollegen waren auf dem Posten. Noch am 8. April veröffentlichte der Arbeitgeberverband für Gewerbe, Handel und Industrie im Bezirk Minden einen grösseren Artikel im „Mindener Tageblatt“, in welchem das geschäftsführende Vorstandsmitglied Dr. Haubrock sich um den Nachweis bemühte, dass das Verhalten der Firma berechtigt sei. In diesem Artikel werden die Kampfmethoden unserer Kollegen geschildert, die aber auch in der Form der Anklage zeigen, dass sich unsere Kollegen musterhaft benommen und jede

Möglichkeit ausgenutzt haben. Und dieses Verhalten war von Erfolg gekrönt. Am 9. April wurde mit der Firma eine Vereinbarung getroffen, durch welche der Mantelvertrag für das östliche Westfalen vom 3. Mai 1927 anerkannt und bis zum 1. Oktober 1931 verlängert wird. Bis zum gleichen Termin gilt die Vereinbarung, durch welche der Lohn an der Spitze auf 99 Pf. festgesetzt wird. Am 13. April wird die Arbeit aufgenommen. Die Streikbrecher werden entlassen. Unsere Kollegen haben dank ihrer Zähigkeit einen vollen Erfolg errungen.

Bezirk Brandenburg

Für das Holzgewerbe im Bezirk Brandenburg und Grenzmark Posen-Westpreussen hat, wie wir in Nr. 12 der „Holzarbeiter-Zeitung“ berichtet haben, der Schlichtungsausschuss Potsdam einen Schiedsspruch gefällt, der dann von den Unternehmern abgelehnt wurde. Der Spruch ist nunmehr vom Schlichter durch Entscheidung vom 1. April für verbindlich erklärt worden. In den dieser Entscheidung vorausgegangen Verhandlungen wurde u. a. protokollarisch festgelegt, dass Lohnkürzungen, die während der tariflosen Zeit vorgenommen wurden, auf den Schiedsspruch angerechnet werden.

„Fachblatt für Holzarbeiter“

Das von unserem Verband herausgegebene „Fachblatt für Holzarbeiter“ steht unter den fachtechnischen und kunstgewerblichen Zeitschriften mit an erster Stelle. Das wird von allen objektiven Beurteilern rückhaltlos anerkannt. Beachtenswert ist die Besprechung, welche der letzte Jahresband des „Fachblattes“ in der „Fachzeitung“, dem Organ der Vereinigten Verbände der Berliner Holzindustrie, gefunden hat. Die „Fachzeitung“ schreibt in ihrer Nummer vom 8. März:

„Dieses „Fachblatt für Holzarbeiter“ repräsentiert sich jeweilig am Schluss des Jahres in einem gebundenen Werk, welches äusserlich wie innerlich zu den besten zählen kann. Der junge Elève des Holzflaches kann hieraus so Vielseitiges erlernen und im Bilde erschauen, dass seine Anschaffung nur empfohlen werden kann.“

Die vielen Aufsätze über das Holz und seine Beschaffenheit, über die Bearbeitung des Holzes von der Maschine bis zum Fertigmöbel sowie über die Verwendung des Möbels als Einzelstück, als auch zur Ausstattung der Wohn- und Arbeitsräume, die Darstellungen aus dem Bauhandwerk und der Innenarchitektur, die Behandlung der Werkzeuge und der Vollendungsarbeiten geben ein deutliches Bild von dem hohen modernen Stand der Holztechnik, wobei auch das Historische nicht vergessen ist.

Aber auch der vollendete und erfahrene Tischlergeselle und Meister wird darin soviel Anregungen finden, dass er das Werk immer wieder gern zur Hand nimmt und ihm erst dadurch so recht zum Bewusstsein kommt, wie schön sein Handwerk ist und welche Möglichkeiten zur Vervollendung desselben gegeben sind und wie weit dasselbe auch ethisch befriedigen kann.

Die Anschaffung des Werkes ist somit allen Vorwärtstrebenden nur zu empfehlen, zumal es dauernd auf dem laufenden hält, alle Fragen bis auf die neueste Zeit behandelt und dabei gegenüber der sonstigen Fachliteratur durchaus preiswert ist.“

Dieses Lob, das dem Fachblatt gezollt wird, wiegt um so schwerer, als es von einem Gegner der Bestrebungen unseres Verbandes kommt. Das „Fachblatt für Holzarbeiter“ erscheint in monatlichen Heften zu 24 Seiten. Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 3 Mk. Verbandsmitglieder erhalten es beim Bezuge durch die Ortsverwaltung für 2 Mk. vierteljährlich.

Wit Gelfmann'sche Verlagsbuchhandlung
ist am 16. Wochenausgabe fällig



Holzindustrie



Aus der Heimarbeit.

Die Berichte der Gewerbeaufsichtsbeamten enthalten über den Umfang der Heimarbeit und über die hier herrschenden sozialen Verhältnisse herzlich wenig Material. Im Bericht des Gewerbeaufsichtsbeamten für Oberfranken findet man über die umfangreiche Korbwarenheimindustrie nur einige nichtsagende Sätze. Und doch wäre gerade über dieses schwer um seine Existenz ringende Gewerbe viel zu sagen gewesen. Etwas mehr erfährt man über die Korbmacherei im Regierungsbezirk Minden. „Die Korbflechterei,“ so heisst es in dem Bericht des zuständigen Gewerbeaufsichtsbeamten, „welche vor dem Kriege fast 90 Prozent der Einwohner der Landgemeinde Dahlhausen im Kreise Höxter mit etwa 300 Familien Erwerbszweig gewesen ist, ist in einem fortdauernden Niedergang begriffen. Insgesamt sind 1942 Heimarbeiter in 1129 Hausarbeitswerkstätten von den Gewerbeaufsichtsbeamten aufgesucht.“

Auch über die Heimarbeit in der thüringischen Holzspielwarenindustrie wissen die Berichte der Gewerbeaufsichtsbeamten nichts von Belang zu melden. Im Freistaat Sachsen gab es am 1. August 1929 insgesamt 1417 Holzspielwarenheimarbeiter, davon waren 1366 Frauen und 51 Männer. Ausserdem wurden im Holz- und Schnitzstoffgewerbe noch 839 Heimarbeiter gezählt; die grosse Mehrzahl davon wird in der Bürstenindustrie beschäftigt sein. In der Musikinstrumentenindustrie gab es 4728 Heimarbeiter (2986 Frauen und 1742 Männer). Das sind die von den Gewerbeaufsichtsbeamten erfassten Heimarbeiter, daneben gibt es noch viele hundert Männer und Frauen, die aus irgendeinem Grunde nicht mitgezählt worden sind. Über die Löhne der Spielwarenheimarbeiter heisst es in dem Bericht:

„In der Holzspielwarenindustrie, in der noch die Lohnregelung vom 14. Mai 1927 gilt, sind im Bezirk des Gewerbeaufsichtsamtes Chemnitz Unterentlohnungen bei der Herstellung von Massenware, die mit 20 Pf. in der Stunde für die erwachsenen und mit 15 Pf. für die jugendlichen Hausarbeiter zu entlohnen ist, nicht bekanntgeworden. Die Löhne für bessere Ware sind den Löhnen der Betriebsarbeiter anzupassen. Die Feststellung, ob das geschehen ist, erfordert im Zweifel eingehende Erörterungen, die von den Hausarbeitern nicht gern gesehen werden. Sie fürchten, in der Arbeit benachteiligt zu werden, wenn den Arbeitgebern Weiterungen aus ihren Angaben entstehen, was um so bedenklicher erscheint, als Gelegenheit zur Übernahme anderer Hausarbeit fast nicht vorhanden ist. Aus dem Annaberger Bezirk wurden hier Bussverfahren gegen zwei Unternehmer anhängig, die etwa 40 Hausarbeiter — vorwiegend Kinder — mit dem Einziehen von Bailschlägern beschäftigten und nur mit 5 bis 8 Pf. die Stunde entlohten. Es wurden Bussen in Höhe von 40 bis 60 Mk. angeordnet, die schliesslich im Festsetzungsverfahren im Hinblick auf die misslichen Verhältnisse der Betroffenen auf 15 und 25 Mk. ermässigt wurden. Die eine Busse wurde freiwillig gezahlt, die andere musste auf dem Pfändungswege beigetrieben werden. Beide Unternehmen haben daraufhin die Herstellung der Bailschläger aufgegeben, weil ihnen der tschechische Wettbewerb die Zahlung höherer Löhne nicht gestattete.“

Über die Heimarbeit in der Knopfindustrie meldet der Bericht der sächsischen Gewerbeaufsicht: „In der Knopfindustrie war die Beschäftigung von Heimarbeitern recht flau. Ein beträchtlicher Teil dieser Waren soll jetzt der billigeren Löhne wegen in der Tschechoslowakei, und zwar in Filialen deutscher Firmen hergestellt werden.“

Der Bericht der württembergischen Gewerbeaufsichtsbeamten beschäftigt sich eingehend mit den Heimarbeitern in der

Trossinger Harmonikaindustrie. Wir entnehmen ihm folgende Stellen:

„Die württembergische Harmonikaindustrie, die seit 1928 in der Hand der Matth. Hohner AG. in Trossingen vereinigt ist, beschäftigte im Berichtsjahr (1929) in Württemberg 633 Hausarbeiter, 161 männliche und 472 weibliche. Auf die Oberämter Tuttlingen, Spaichingen, Rottweil und Balingen entfielen 535, davon auf Trossingen selbst 230. Im Oberamt Maulbronn mit dem Hauptnebenbetrieb in Knittlingen betrug die Zahl 98. Die Hausarbeiter insgesamt stellen 21 Prozent der Belegschaft des Hauptwerkes und der 23 Zweigbetriebe dar. Besichtigungen wurden bei 79 männlichen und 172 weiblichen Hausarbeitern vorgenommen. Hausarbeit als Haupterwerb wurde insbesondere in den ländlichen Bezirken und bei früher selbständigen Hausgewerbetreibenden angetroffen. Die in den ländlichen Orten vorhandenen „Hausarbeiter aus Platzmangel“ waren ältere Arbeiter der Zweigbetriebe, die bei Zusammenlegung der Firmen infolge ungenügender Raumverhältnisse mehr oder weniger gezwungen wurden, zur Hausarbeit überzugehen. Sie behielten im allgemeinen den Anspruch auf Urlaub bei. Das Alter der Hausarbeiter lag zwischen 17 und 65 Jahren.“

Die Hausarbeit gruppierte sich in Teilarbeiten für Harmonikaherstellung und in Kartonagearbeiten. Mehr als drei Viertel aller besuchten Hausarbeiter wurden bei der erstgenannten angetroffen. Etwa ein Dutzend verschiedener Harmonikasorten wurde bearbeitet. Die Mehrzahl der männlichen Hausarbeiter waren mit Vor- und Reinstimmen beschäftigt, wenige Frauen mit ersterem. Vorherrschende Frauenarbeiten sind das „Aufnägeln“ der Stimmzungen auf die metallenen Stimmplatten, das „Nieten“, das heisst Festmachen der aufgenagelten Stimmzungen in der richtigen Lage mittels fussbetriebener Maschinen, das „Lösen“ der Stimmzungen von der Platte mittels flacher Metallstäbchen zur Prüfung der Schwungfähigkeit, das „Aufholzen“, das heisst Aufnägeln wird immer mehr in die Fabrik verlegt, meist wurden nur noch die billigen kleinen Sorten in Heimarbeit gegeben. Teilarbeiten für die Akkordeonherstellung, wie das Drehen von Federn, das Beledern der Stimmplatten oder Stimmstöcke, das Stecken von Tasten beschränkte sich auf Frauenarbeit in Trossingen. Die Kartonagenabteilung des Werkes gab als gesonderte Hausarbeit die Herstellung von Scheiden für Mundharfen, das Bekleben mit Aufschriften, das Aufbiegen von Pappgrundformen für Klappschachteln und die Herstellung von kleinen Apothekerschachteln und von Zahnstocherbehältern aus.

Die Zusammenlegung der Firmen brachte, um den Wettbewerb mit den sächsischen Heimarbeitern bestehen zu können, für einige der übernommenen Filial- und Hausarbeiter für billige Sorten eine beträchtliche Senkung der Akkordsätze. Entsprechend dem Grundsatz der Firma, nur beste Ware herzustellen, waren bei diesen Heimarbeitern auch die Anforderungen an die Genauigkeit der Arbeit teilweise gestiegen. Dass die im Durchschnitt für die Trossinger Heimarbeiter ermittelten Stundenverdienste sich nicht wesentlich von denen der rein ländlichen unterscheiden, hängt mit ihrer Leistungsfähigkeit zusammen. Sie sind entweder wegen Alters, Krankheit oder im Nebengewerbe zur Hausarbeit übergegangen. Dass die Frauen bei der Anfertigung der Scheiden für Mundharfen so geringe Stundenverdienste erzielen, liegt nicht an der etwa ungenügenden Arbeitsleistung, sondern an den niedrigen bemessenen Akkordsätzen der Sorten, die ausschliesslich in Heimarbeit gegeben werden und infolge ihrer Geringwertigkeit eine höhere Entlohnung bei der bestehenden Geschäftslage angeblich nicht zulassen.

Der Versicherungspflicht war im allgemeinen entsprochen. Die Mitgliedschaft bei der Betriebskrankenkasse wurde von den Hausarbeitern als Wohltat empfunden.

Bei der allgemeinen Notlage der Landwirtschaft, im besonderen bei der Bevölkerung im Heuberggebiet mit dem geringeren Ertrag ihrer hochgelegenen Felder, ist für viele die Erhaltung der Hausarbeit Voraussetzung für ihr Weiterleben auf der heimlichen Scholle.“

Wir begnügen uns mit der Wiedergabe dieser Stellen aus den Berichten der Gewerbeaufsichtsbeamten. Hoffentlich haben sie sich im letzten Jahr mit der Heimarbeit in der Holzindustrie eingehender beschäftigt, so dass sie über sie mehr zu berichten wissen als im letztjährigen Bericht.

Handwerker-genossenschaften

Nach der amtlichen Statistik gab es am 1. Januar 1931 insgesamt 1770 Handwerker-genossenschaften (Rohstoff-, Magazin-, Werk- und Lieferungs-genossenschaften), das sind 20 weniger als am 1. Januar 1930. Gegenüber 1924 beträgt der Rückgang 753. In diesem Jahre schlug die Genossenschaftsbewegung der Handwerksmeister ihre höchsten Wogen.

Von den 2523 Handwerker-genossenschaften am 1. Januar 1924 kamen 265 auf das Holzgewerbe. Davon waren 201 Tischler-, Drechsler- usw. Genossenschaften und 64 Korbmacher-genossenschaften. Am 1. Januar des laufenden Jahres gab es noch 162 holzgewerbliche Genossenschaften: 116 Tischler-, Drechsler- usw. Genossenschaften und 46 Korbmacher-genossenschaften. Ein Teil der Genossenschaften hat sich freiwillig aufgelöst, die meisten sind in Konkurs gekommen. Von den Korbmacher-genossenschaften haben 11 allein im letzten Jahre bankrott gemacht. Die meisten dieser Genossenschaften hatten ihren Sitz in Oberfranken.

Hollands Möbeleinfuhr

Im Kampfe um den holländischen Möbelmarkt tritt Deutschland wieder stärker in den Vordergrund. Vor dem Weltkriege und in den ersten Nachkriegsjahren war Deutschland fast der alleinige Möbellieferant des kleinen Nachbarstaates. Im Jahre 1922 stammten 89,2 Prozent aller in Holland eingeführten Möbel aus Deutschland. Allerdings kauften die Holländer damals nicht von Deutschland, um deutsche Möbel zu haben, sondern weil diese spottbillig waren. Nach der Marktstabilisierung ging unsere Möbelausfuhr nach Holland stark zurück; im Jahre 1928 betrug der deutsche Anteil nur noch 28,0 Prozent.

Möbeleinfuhr nach der holländischen Statistik

	1922	1923	1924	1925	1926	1927	1928	1929	1930
Gesamteinfuhr:									
Gewicht in 1000 t	25,3	19,3	11,8	8,9	11,1	11,6	11,4	11,6	11,1
Wert in Mill. Guld.	15,8	11,5	7,9	6,4	7,3	8,0	8,0	8,6	8,3
Verteilung der Einfuhr nach Ländern in Prozent des Wertes:									
Belgien	4,0	8,1	17,8	25,1	43,3	49,5	53,6	46,7	39,7
Deutschland	89,2	84,7	70,4	58,7	40,4	33,5	28,0	31,7	39,0
England	0,8	1,6	4,1	4,7	4,7	6,5	6,6	8,5	6,7
Frankreich	—	—	—	2,8	3,7	2,9	2,8	2,5	2,5
Polen	—	0,8	1,5	3,3	3,7	4,3	4,4	4,9	5,1
Tschechoslowakei	1,7	1,7	2,3	3,8	2,9	2,2	3,4	4,6	5,4
Übrige Länder	4,3	3,1	3,9	1,6	1,3	1,1	1,2	1,0	1,6

Inzwischen war Belgien der billigste Möbellieferant geworden, auch infolge seiner Währungs-inflation. Als die deutsche Möbelausfuhr nach Holland ihren tiefsten Stand erreichte, nämlich im Jahre 1928, betrug Belgiens Anteil 53,6 Prozent. Aber lange hat die belgische Vormachtstellung nicht gedauert, schon im nächsten Jahre ging die belgische Einfuhr zurück, und 1930 war sie nur noch wenig grösser als die deutsche. Diese erfreuliche Entwicklung wird anhalten, so dass Deutschland bald wieder das führende Land auf dem holländischen Möbelmarkt sein wird. Trotz der Anstrengungen vieler anderer Länder, wie z. B. England, Polen und die Tschechoslowakei. Die Möbelausfuhr dieser Staaten nach Holland hat zwar eine Steigerung erfahren, sie wird aber niemals einen solchen Umfang annehmen, dass von einer ernsthaften Konkurrenz für Deutschland gesprochen werden könnte.

Und doch Zwangsarbeit in den russischen Wäldern

Die Sowjetregierung und die ihr ergebene Presse bemühen sich unter Anwendung aller möglichen Kniffe, die Tatsache abzuleugnen, dass der Holzeinschlag in den russischen Wäldern teilweise Zwangsarbeit ist. Dass davon keine Rede sein könne, beweise, so wurde letzthin berichtet, „die Berufung zahlreicher ausländischer Holzfäller, die in Nordrussland beschäftigt werden sollen“. Es handelt sich vornehmlich um norwegische Holzfäller, von denen schon einige hundert in Russland sein sollen. Die Norweger scheinen äusserst tüchtig zu sein, denn sie haben sich, nach einer Mitteilung der russischen Regierung, in einem Vertrag mit dem Trust „Sewerolest“ verpflichtet, „nicht weniger als 7 Festmeter Holz täglich bereitzustellen, was die gewöhnliche Norm um das Zweifache übersteigt“.

Ob die Nachricht von der Beschäftigung norwegischer und anderer ausländischer Arbeiter stimmt oder nicht — das alles ändert nichts an der Tatsache der Zwangsarbeit in bestimmten russischen Waldgebieten. Vielleicht liest die Sowjetregierung einmal ihre eigene Veröffentlichung in der Fachzeitschrift „Lesnoje Chosiajstwo i Lesnaja Promyschlenost“ (Oktobernummer 1929, Seite 78) nach. Hier stehen ihre „Vorschriften über die Anwendung von Zwangsarbeit bei den forstlichen und forstmeliorativen Arbeiten“. Diese Vorschriften bestimmen u. a.: Die zur Zwangsarbeit verpflichteten Personen haben diese Arbeiten unentgeltlich zu verrichten. In Fällen, in denen durch Gerichtsurteile eine Entschädigung anerkannt ist, erhalten sie eine solche in Höhe des Minimums für die betreffende Gegend. Falls nach der Art der Arbeit erforderlich, ist der Zwangsarbeiter verpflichtet, mit eigenem Gespann oder Werkzeug (Säge, Axt, Spaten) zur Arbeit zu erscheinen. Für die Abnutzung seines Eigentums erhält der Zwangsarbeiter keine Entschädigung. Die Zwangsarbeit wird in der Regel für nichtqualifizierte Arbeiten angewandt, wobei für jede Art von Arbeit bestimmte Durchschnittsnormen festgesetzt werden müssen. Bei gewissenloser Arbeit werden Disziplinarstrafen verhängt.

Die Erinnerung an dieses Dokument wird der Sowjetregierung unbequem sein, bestätigt es doch die Tatsache der Zwangsarbeit in den russischen Wäldern.

Aus der Klavierindustrie

Die „Frankfurter Zeitung“ liess sich von ihrem Neuyorker Korrespondenten kürzlich folgendes melden:

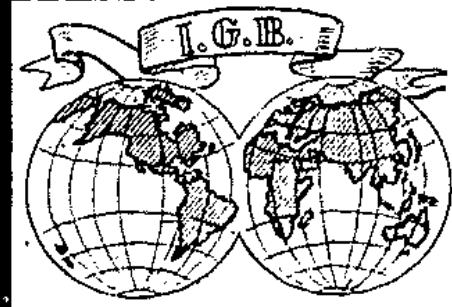
„Die American Piano Company und sechs mit ihr eng liierte amerikanische Klavierfabriken kündigen eine radikale Umwälzung in der amerikanischen Klavierfabrikation an. Die Gesellschaften haben nach fünfjährigen Experimenten ein neuartiges Fabrikationsverfahren ausgearbeitet, das eine weitgehende Standardisierung der Produktion und die Herstellung von Klavieren ermöglicht, die sich angeblich durch grössere Tonreinheit auszeichnen und ausserdem den Vorteil einer einfachen Austauschbarkeit der Einzelteile aufweisen. Die neuen Klaviere kosten etwa 25 Prozent weniger als die heutigen Instrumente.“

Ob diese Ankündigung der amerikanischen Klavierfabrikanten mehr als ein Reklametrick ist, bleibt abzuwarten. Dass eine solche Verbilligung den Absatz stark beleben würde, liegt auf der Hand.

Auch die englische Klavierindustrie leidet Not, wie folgende Meldung beweist: In London ist die seit über 200 Jahren bestehende Pianofortefabrik John Broadwood u. Sons in Zahlungsschwierigkeiten geraten. Die Inhaber hoffen, durch einen Vergleich mit den Gläubigern um den Konkurs herumzukommen. Der Zusammenbruch wird auf den starken Rückgang in der Nachfrage nach Klavieren zurückgeführt.



Gewerkschaftsbewegung



Die Lohn- und Tariffbewegung im Baugewerbe

Bei der grossen Lohnabbauoffensive, von der wohl die Arbeiter keines Berufszweiges verschont werden, kamen die Bauarbeiter verhältnismässig spät an die Reihe. Die Tarifverhandlungen Anfang Februar waren ein ergebnisloses Vorspiel, erst Ende Februar kam man zu ernsthaften Verhandlungen. Auch im Baugewerbe handelt es sich um einen Mantelvertrag, der hier „Reichstarifvertrag für Hoch-, Beton- und Tiefbauarbeiten“ heisst, und den Lohnstarif. Über den Reichstarifvertrag wurde eine Einigung zwischen den Parteien erzielt. Ein ausserordentlicher Verbandstag der Zimmerer hat ihm am 3. April zugestimmt. Der Baugewerksbund hat den Reichstarifvertrag seinem Beirat vorgelegt, der aber nicht endgültig entschieden hat; er hat die Entscheidung den für den 3. April anberaumten Bezirkskonferenzen überlassen.

Weit schwieriger war die Lohnfrage. Bekanntlich ist die Arbeitslosigkeit im Baugewerbe ausserordentlich stark. Wenn das zur Zeit der Verhandlungen auch mit durch die Jahreszeit bedingt war, so sind doch die Konjunkturaussichten für das Baugewerbe recht ungünstig. Das gab den Unternehmern Mut, ganz gewaltige Lohnabzüge zu fordern. Wussten sie doch, dass sie sich hierbei in Übereinstimmung mit dem Reichsarbeitsministerium befanden, welches im Baugewerbe eine Lohnsenkung für richtig hielt, die wesentlich über das allgemeine Mass des üblichen Lohnabbaues hinausgeht.

Die Lohnregelung erfolgt im Baugewerbe in der Weise, dass zunächst in den Bezirken verhandelt wird. Bleiben diese Verhandlungen ergebnislos, dann treten die bezirklichen Tarifämter in Aktion, die mit drei Unparteiischen besetzt sind. Sie entscheiden über sämtliche Löhne und die Ortsklasseneinteilung. Kommt eine Mehrheit nicht zustande, dann können die drei Unparteiischen einen Vorschlag machen, der als Schiedsspruch gilt. Wird dieser nicht von beiden Parteien angenommen, dann geht die Sache an die zentrale Schiedsstelle. In diese entsenden beide Parteien je vier Beisitzer. Dazu kommen drei Unparteiische, die vom Reichsarbeitsminister bestimmt werden. Die zentrale Schiedsstelle entscheidet über die Löhne der Hauptarbeitergruppen in der obersten Ortsklasse. Auf dieser Grundlage werden dann die übrigen Streitfragen von den bezirklichen Tarifämtern entschieden.

Wie vorauszusehen war, kam es in den Bezirken nirgends zu einer Einigung; die zentrale Schiedsstelle, die am 23. März zusammentrat, hatte also über alle Bezirkslöhe zu entscheiden. Als Unparteiische waren vom Reichsarbeitsministerium bestimmt worden: der Schlichter für Westfalen, Professor Dr. Brahn, der Schlichter für die Nordmark, Dr. Stenzel, und der bayerische Ministerialrat Gasteiger. Am 27. März wurden die Entscheidungen der zentralen Schiedsstelle verkündet. Sie brachte Lohnabzüge, die sich zwischen 7½ und 11½ Prozent bewegen.

Die hohen Abzüge, welche die zentrale Schiedsstelle ausgesprochen hat, genügen aber den Unternehmern nicht. In verschiedenen Bezirken wurde von den Arbeitern unter Androhung der Entlassung verlangt, dass sie sich mit einem weit höheren Abzug einverstanden erklären. So ist es noch vor Ostern an manchen Stellen zum Kampf gekommen, und es ist damit zu rechnen, dass die Kämpfe im Baugewerbe einen grosseren Umfang annehmen.

Bereits sind die Kommunisten auf der Pils erschienen, um in gewohnter Weise den Bauarbeitern durch Quertreibern in den Rücken zu fallen. Wo die Unternehmer den Arbeitern Reverse vorlegten, in denen sie ihr Einverständnis zur Herabsetzung der Löhne erklären sollten, wurde die Unterschrift verweigert, was die Entlassung zur Folge hatte. Die Kommunisten aber erklärten unter der Firma ihres

neuen „Roten Bauarbeiter-Verbandes“ schon ab 1. April überall den Streik, und die „Rote Fahne“ rühmt mit vollen Backen die angeblichen Erfolge der Quertreiberei. Dass bei der riesigen Arbeitslosigkeit im Baugewerbe ein Kampf nur dann Aussicht auf Erfolg bietet, wenn strengste Disziplin gewahrt wird, ist für jeden Gewerkschafter einleuchtend. Der Zweck, den die kommunistische RGO verfolgt, ist aber die Schädigung der Gewerkschaften, und die Gewerkschaften des Baugewerbes sind jetzt das wichtigste Ziel des Angriffs.

Verwaltungsgesellschaft deutscher Gewerkschaftshäuser

Unter diesem Namen ist am 24. Februar die Gründung einer Aktiengesellschaft vollzogen worden. Es handelt sich um eine Holdinggesellschaft, das ist eine Organisation zur gemeinsamen Verwaltung der Vermögenswerte der angeschlossenen Gewerkschaftshäuser.

Das Gründungskapital in Höhe von 50 000 Mark wurde vom Vorstand des ADGB übernommen und voll eingezahlt. Auf Beschluss der Gründerversammlung sind zu Vorstandsmitgliedern bestellt Ernst Schulze und Dr. Hans Arons vom ADGB. Der erste Aufsichtsrat besteht aus 9 Mitgliedern, und zwar Theodor Leipart (Berlin), Geheimrat Dr. Bachem (Berlin), Ernst Sprung (Berlin), Fritz Rasch (Breslau), Carl Wicklein (Leipzig), Alfred Hennig (Altenburg), Ernst Picklerodt (Hannover), August Hein (Hamburg) und Gustav Schiefer (München).

Schon seit Jahren bestand eine Arbeitsgemeinschaft, in welcher die Mehrzahl der Gewerkschaftshäuser vereint war. Die aus ihr entstandene Verwaltungsgesellschaft hat sich grössere Aufgaben gestellt. Die Gewerkschaftshäuser sind verschiedentlich Sorgenkinder der örtlichen Gewerkschaftsorganisationen. Bei der Neugründung wurden oft Fehler gemacht, die sich später peinlich auswirkten und den Gewerkschaftsmitgliedern oft drückende finanzielle Verpflichtungen zur Erhaltung des eigenen Heims auferlegten. Nach der Gründung der Verwaltungsgesellschaft kommt die Gründung neuer örtlicher Gewerkschaften nicht mehr in Betracht. Die Ortsausschüsse sind nicht mehr befugt, neue Gesellschaften aufzuziehen oder sich mit anderen Vereinen an solchen Gründungen zu beteiligen. Wo die Voraussetzungen dafür gegeben sind, ist für die Neuerrichtung eines Gewerkschaftshauses die Zustimmung der Verwaltungsgesellschaft einzuholen. Damit wird wohl die Handlungsireiheit der örtlichen Organisationen eingeschränkt, das ist aber in Kauf zu nehmen angesichts der Tatsache, dass durch die Verwaltungsgesellschaft das in allen Gewerkschaftshäusern investierte Vermögen unangreifbar sichergestellt wird.

Dachdecker-Verband und Baugewerksbund

In der Osterwoche hat der letzte Verbandstag des Dachdecker-Verbandes in dem Schulheim des Baugewerksbundes am Werlsee bei Berlin getagt. Es war wirklich der letzte Verbandstag der selbständigen Organisation, denn auf ihm wurde mit 31 gegen eine Stimme der Anschluss an den Baugewerksbund beschlossen. Die Übertrittsbedingungen waren schon früher vereinbart: ihre Annahme besagt, dass der Übertritt am 1. Juni vollzogen wird.

Der Dachdecker-Verband ist eine kleine Gewerkschaft, die aber einen sehr erheblichen Teil der Berufsangehörigen umfasst. Die Dachdecker legen grossen Wert auf die Erhaltung ihrer Eigenart. Der Anschluss an den Baugewerksbund ist schon wiederholt erörtert worden, aber er wurde von den Mitgliedern immer wieder abgelehnt. Die nunmehr endgültig beschlossene Verschmelzung bedeutet einen weiteren Schritt auf dem Wege zur Zusammenfassung der Gewerkschaften zu grossen Industrieverbänden.

Rückkehr zum Verband

Der Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes erlässt eine Bekanntmachung über die Wiederaufnahme früherer kommunistischer Mitglieder. Bekanntlich hat die Kommunistische Partei unter der Firma Einheitsverband der Metallarbeiter einen eigenen Gewerkschaftsladen aufgemacht. Von denen, die den Lockrufen gefolgt sind, haben es viele sehr bald bereut. Sie stellen bei den Ortsverwaltungen den Antrag um Wiederaufnahme mit der Bitte, wieder in ihre alten Rechte eingesetzt zu werden. Dabei teilen die Antragsteller mit, dass sie aus Übereilung oder dank der Täuschung durch die Kommunisten den Austritt aus dem Deutschen Metallarbeiter-Verband vollzogen hätten.

Hierzu bemerkt der Verbandsvorstand, dass natürlich für jeden Metallarbeiter, der sich nichts Ehrenrühriges gegen den Verband oder seine Bruderverbände hat zuschulden kommen lassen, der Aufnahme nichts im Wege steht. Von einer Wiedereinsetzung in ihre alten Rechte kann aber bei wieder zum Verband zurückkehrenden Mitgliedern des kommunistischen Einheitsverbandes keine Rede sein. Sie haben ihre Rechte freiwillig aufgegeben und müssen sie sich wie jedes neuertretende Mitglied wieder erwerben.

Diese Regelung, die auch in den übrigen Verbänden gilt, dürfte für manche Mitglieder hart sein. Um so notwendiger ist es, dass sich jeder gründlich die Folgen überlegt, ehe er seine Rechte an den Verband preisgibt, um zu den Feinden der Gewerkschaften hinüberzuwechseln.

Misstrauensvotum gegen einen Schlichter

In dem Lohnstreit der Eisenbahner hatte der Reichsarbeitsminister den Vortragenden Rat in Bremen, Herrn Dr. Völkers, zum Schlichter bestellt. Dieser Herr hat schon bei verschiedenen Gelegenheiten die Aufmerksamkeit auf sich gelenkt, und aus den Schiedssprüchen, die er als Schlichter gefällt hat, gewannen die betroffenen Arbeiter meist den Eindruck, dass Herr Dr. Völkers den Wünschen der Unternehmer sehr viel Verständnis entgegenbringt. Auch die Eisenbahner haben bereits solche Erfahrungen gemacht; sie waren deshalb wenig erbaut, als sie erfuhr, dass sie erneut von Herrn Dr. Völkers verarztet werden sollen. Ihre Bedenken haben sie dem Reichsarbeitsminister zur Kenntnis gebracht in einem Schreiben, in dem es u. a. heisst:

„Schon während und insbesondere nach den Verhandlungen über den Arbeitszeitstreit bei der Reichsbahn im Dezember 1930 und Januar 1931 mussten die Gewerkschaften Veranlassung nehmen, gegen die Schlichtertätigkeit des Herrn Dr. Völkers ernsthafte Bedenken geltend zu machen. In diesen Verhandlungen hat Herr Dr. Völkers wiederholt in völlig einseitiger Weise für die Reichsbahn-Gesellschaft Partei ergriffen. Seine Verhandlungsführung liess einen solchen Mangel an Objektivität erkennen, dass nach Auffassung der Tariforganisationen die Durchführung eines objektiven Schlichtungsverfahrens unter dem Vorsitz des Herrn Dr. Völkers nicht gewährleistet ist.“

Wir fühlen uns verpflichtet, Sie, Herr Minister, davon in Kenntnis zu setzen, dass die unterzeichneten Gewerkschaften zu Herrn Dr. Völkers nicht das Vertrauen haben, dass er den vorliegenden Lohnstreit mit der notwendigen Unparteilichkeit durchführt. Wir bitten Sie deshalb, die Ernennung zurückzunehmen und die vorliegende Streitsache durch einen anderen Schlichter erledigen zu lassen.“

Dieser Protest blieb wirkungslos. Herr Dr. Völkers fungierte als Vorsitzender in der Schlichterkammer, die am 19. März

einen Schiedsspruch fällte, der den Arbeitern sehr empfindliche Abzüge von ihren an sich schon geringen Löhnen brachte. Dieser Spruch wurde übrigens dann mit einigen Änderungen für verbindlich erklärt.

Im ordentlichen Gerichtsverfahren kann ein Richter wegen Besorgnis der Befangenheit abgelehnt werden. Für das Schlichtungswesen gibt es eine entsprechende Bestimmung nicht. Wenn das Reichsarbeitsministerium eine Senkung des Lohnniveaus erzwingen will, dann bestimmt es eben den Schlichter, von dem es erwartet, dass er die Sache im Sinne der Regierungswünsche erledigen wird.

Ein Jubiläum des Textilarbeiter-Verbandes

Gelegentlich einer Tagung seines Beirats in Pössneck, wo vor 40 Jahren der Verband gegründet wurde, veranstaltete der Textilarbeiter-Verband eine schlichte Jubiläumstfeier. Der Verbandsvorsitzende, Schrader, und der Ehrenvorsitzende, der 72jährige Hübsch, der erste Leiter der Organisation, hielten Ansprachen, in denen die Schwierigkeiten geschildert wurden, die in den ersten Jahren zu überwinden waren. Im Jahre 1890, nach dem Fall des Sozialistengesetzes, fanden sich die Vertreter der Textilarbeiter zum ersten Male zu einem Reichskongress in Apolda zusammen. Es wurde eine Agitationskommission gewählt, die für März 1891 einen Kongress nach Pössneck einberief, auf welchem die Gründung des Zentralverbandes beschlossen wurde.

Der Vorsitzende der Agitationskommission und des neuen Verbandes, Karl Hübsch, erinnerte bei der Jubiläumstfeier an die Anfänge der Organisation, die ihre Tätigkeit ohne jegliche Geldmittel begann. Ein Büro zu mieten, war nicht möglich. Die Arbeiten wurden in der Küche des Kassierers Treue erledigt. Als dann auch Hübsch dazukam, ging es nicht mehr, man musste eine Stube und Küche für den Verband mieten. Ein Tisch hätte zuviel Geld gekostet, man kaufte zwei Bänke und legte ein Brett darüber. Diese Episode ist bezeichnend für die Schwierigkeiten, mit denen die junge Organisation zu kämpfen hatte, und ähnlich war es damals in den meisten Verbänden. Heute ist der Textilarbeiter-Verband eine gefestigte Organisation mit mehr als 300 000 Mitgliedern, die trotz der Schwierigkeiten der Wirtschaftslage tatkräftig für das Wohl der Berufsangehörigen wirkt.

Gewerkschaften auf der Bauausstellung

In der Zeit vom 9. Mai bis zum 9. August findet in Berlin eine Deutsche Bauausstellung statt. An dieser Ausstellung werden sich auch eine Anzahl Gewerkschaften und ihnen nahestehende Organisationen beteiligen. So die Verbände der Bauarbeiter, Zimmerer, Maler, Dachdecker und Fabrikarbeiter. Ferner der Bund technischer Angestellten und Beamten und der Werkmeister-Verband, die zum AfA-Bund gehören. Diesen Verbänden haben sich angeschlossen die Arbeiterbank, die Hannoversche Bodenkredit-Bank, der Verband sozialer Baubetriebe und die Dewog (Deutsche Wohnungsfürsorge-Aktiengesellschaft für Beamte, Angestellte und Arbeiter).

Diese Organisationen, die ihre Vertretung gegenüber der Ausstellungsleitung dem Baugewerksbund übertragen haben, beabsichtigen, auf dem ihnen zur Verfügung stehenden Raum von 864 Quadratmeter eine Kollektivausstellung zu veranstalten, die den Anteil der modernen Arbeiterbewegung am Bau- und Wohnungswesen unserer Zeit bekundet. Mit der gesamten künstlerischen Betreuung und Ausgestaltung der Gemeinschaftsausstellung der freien Gewerkschaften und ihrer Wirtschaftsunternehmen ist Professor Walter Gropius betraut worden. Ihm stehen zwei bekannte Graphiker, Moholy-Nagy und Baier, zur Seite.



Unterhaltung und Wissen



Copyright by Fackelreiter-Verlag, Hamburg-Bergedorf.
(14. Fortsetzung und Schluss.)

Drei Leichen liegen übereinander vor mir, Franzosen in blaugrauen Mänteln, schon schwarz und unkenntlich im Gesicht — es können auch Neger sein... ich sehe keine Wunden, sie schlafen tief, niemand wird wieder ihre armen, blutleeren Herzen mit einem Sturmbefehl erschrecken.

Aber als ich mich zu ihnen legen will, unwiderstehlich, geheimnisvoll angezogen von ihrer endgültigen Abgeschiedenheit, höre ich mit einemmal wieder die Geräusche unseres Vorgehens, zurückgeschleudert aus meinem traumhaften Losgelöstsein in die Sphäre des Befehls, rauh angepackt von dem Gedanken an unsere furchtbare Bestimmung...

Ich höre wieder das Aufklatschen der Körper in den Dreck, das Klirren der Drahtscheren, das Herausziehen von Stiefeln aus dem Schlamm, sogar den keuchenden Atem von Kameraden: gekrümmt vor mir wankt der Grenadier Kalbfleisch, das Gesicht ein weissgetünchter Punkt, eine Hand fast hinterwärts an den Hosenboden haltend. Ich reiße meinen Kopf hoch und erstarre im plötzlichen Erschrecken: dreissig Schritt vor mir ist das Drahtverhau der Franzosen, stark und breit verschlungen, spiralenförmige Eisenstäbe dazwischen, an einigen Stellen aufgerissen vom Granatfeuer vergangener Stunden, aber trotzdem schrecklich in seiner unverletzten, drohenden Stürze, eiserne Spinnweben, auf blutwarmer Opfer lauernd, auf uns wartend, auf uns...

Da blicke ich mich um und bin ganz wach: was ist das? Ich bin der Vorderste mit Kalbfleisch zusammen... hinter mir sehe ich deutlich die zerfallenen, grauhaft angespannten Gesichter fremder und bekannter Soldaten, starr lauschend auf den ersten Schuss von drüben... Blitzschnell werfe ich mich in die nächste Vertiefung hinein, mit verkrampten Händen nach den Verbandpäckchen tastend, die ich jetzt im Mantelaufschlag des linken Ärmels trage...

Und als die ersten vorkriechend den äussersten Rand des Drahtverhau erreicht haben, die Scheren vorstreckend im zögernden Erwarten... da blitzen die Mündungsfeuer der Maschinengewehre kreischend auf, hohnlachend wie tausend Teufel, die uns bis hierher irreführt haben, um uns ganz sicher abzuschlachten... berstend zerreisst der Vorhang, aufklafft die Schlacht... Dicht über unseren Helmen zwischern die Geschosse, stechend dringt das Knattern der Maschinengewehre uns in die Hirne...

Rote Leuchtraketen fahren aus dem französischen Graben zischend empor: Signale für die Artillerie... Sekunden später schon kochen die ersten Granaten heran, brüllen zwischen uns auf, überschütten uns mit Splittern und Erde...



Sperrfeuer... die Erde kocht... die Luft zittert, der Druck der Explosionen legt unsere Lungen lahm...

Ich wähle mich in das armselige Loch hinein, kratze mit den blossen Händen die Erde heraus, schneller, schneller, ich fühle keine Ermüdung mehr, meine Sinne sind nur auf die Erhaltung meines Lebens gerichtet... Ich fühle einen heftigen Schlag gegen mein Sturmgepäck, denke einen Augenblick, dass ich verwundet bin, aber als ich keinen Schmerz fühle, habe ich es schon wieder vergessen...

Vor mir schreit jemand kurz auf, ein gurgelnder Todesruf. Kalbfleisch, denke ich, aber ich kann nicht hochblicken, ich muss scharren, kratzen wie ein tollwütiger Hund. Ich versuche den Spaten zu lösen, aber es geht nicht, wie ich im siedendheissen Aufschrecken merke: das Koppel ist mir am ausgemergelten Leibe ver-rutscht, das Schanzzeug liegt eingeklemmt unter mir, ich darf mich keinen Millimeter erheben, und ich sehne mich nach dem tiefen Schlammloch hinter mir, in dem ich vorhin beinahe versank...

Neben mir klatscht eine Gestalt hin, ein klein wenig wende ich den Kopf: es ist der Leutnant Hagar; er wälzt sich schwer zu mir herüber, schlägt mit den Gliedern um sich und liegt dann starr ausgestreckt. Aus seinem Munde schießt es noch einmal dick und dunkelrot hervor — — — der Sturm ist für ihn zu Ende...

Der Rauch der Explosionen nimmt mir die Luft, ich muss einen Augenblick erschöpft mit Kratzen innehalten... Ich halte mir die Ohren zu und erwarte den Tod.

Aber er kommt nicht zu mir, er hat andere ausersehen. In Bruchteilen von Sekunden höre ich zwischen dem Brüllen und Bersten die Schmerzensschreie der Getroffenen, ohne einen sehen zu können. Dicht neben mir, vor mir und hinter mir spritzen die Maschinengewehrgeschosse, und Splitter in den Boden, bald bin ich vollkommen eingedeckt, schwer wuchtet die Erde auf meinem Rücken...

Zentimeter für Zentimeter krieche ich dann zurück, mit der Nase im Dreck schleifend, so dass ich fast erstickte. Einen Augenblick hält das Feuer ein, das Feld ist ein einziges Gebrüll von Sterbenden. Ich springe hoch und laufe zurück, springe in einen tiefen Trichter, in dem Bossin am Rande sitzt, mich mit irren Augen anstierend. Er ist nicht verwundet, aber seine Hände öffnen und schliessen sich wie Vogelkrallen. Er erkennt mich nicht, rührt sich nicht, starrt mich nur immer wortlos an... Ich rüttele ihn: „He, Bossin! Herrmann! Bossin!“, er sinkt langsam vornüber, mir in die Arme. Ich richte ihn auf, schreie ihm weiter seinen Namen in die Ohren. Da endlich löst sich sein starrer Blick, er springt auf und aus dem Loch heraus, nach hinten... Ich folge ihm taumelnd, peitschend setzen die Maschinengewehre hinter uns wieder ein...

Am Rande eines Trichters liegt, mit dem Gesicht nach oben, ohne Stahlhelm, der Kamerad vom Sturmbataillon, der vor dem Sturm Adamczik, den betenden Adamczik, anstiess und angrinste... Er lacht nicht mehr, seine Augen liegen tief eingesackt, die rechte Wange ist zerschmettert, der ganze Leib aufgerissen. Erde liegt in der grauenhaften Wunde. Die Wickelgamasche des linken Beines hat sich gelöst, windet sich wie eine Dreckschlange in den Trichter hinein...

Aufgelöst rennen wir zurück: nicht einer hat das gegnerische Drahtverhau durchstossen. Der Angriff ohne Artillerievorbereitung war ein Wahnsinn...

Kurz vor unserem Graben schlägt eine Granatwelle erneut in die gelichteten Reihen, wüthet das Maschinengewehrfeuer weiter zwischen unserer Wehrlosigkeit. Ich bin fast bewusstlos, finde die Sturmlücke nicht, reiße mir den Mantel im Stacheldraht auf, bieße hängen, fasse in die schwammigen Kadaver der Leichen, die hier seit Tagen und Nächten faulen, reiße mich los, krieche weiter, atemlos... Nur noch einige Meter... dieses Mal nur noch lass mich leben... nur noch einige Meter... Neben

mir schreit einer auf, springt hoch auf, von einem ungeheuren Luftdruck emporgeschleudert, flattert nieder mit gespreizten Armen und Beinen, fällt schwer und langgestreckt auf das Drahtverhau wie ein abgeschossener Riesenvogel... Ich schreie, der erste Schrei seit langem, der Anblick war zu furchtbar: es ist Bumann, das Gesicht mir zugewandt, schrecklich verzerrt, schreiend und brüllend... Ich will zu ihm... da kracht es infernalisches hinter mir... ich werde vorgeschleudert... zerreisend sausen die Splitter in das Verhau... nicht der kleinste war für mich bestimmt... Ich sehe Bumann nicht mehr... dichter Qualm umgibt mich... ich höre nur seine gellenden Hilfeschreie: „Auuuuu! Aaaaaaaauuuuu!!! Hiiiiiiiee... Kameraaaaaaden... hier... hiiieer... Sanitäter... aaaaauuuuuuuu!!!“

Als der Qualm sich verzogen hat, sehe ich eine Lücke vor mir... ich schnelle hoch und stürze kopfüber in den Graben, aufgerissen die Hände, das Gesicht und das zuckende Herz...

Drei Stunden liegt das Feuer noch auf unserer Stellung. Furchtbar haben wir den nutzlosen Sturm bezahlen müssen: im Vorfeld liegen dreiundzwanzig Opfer des schaurigen Totentanzes. Die Verwundeten, die sich noch rühren können, werden von drüben einzeln mit Gewehren abgeschossen. Bald ist alles still zwischen den Linien...



Es schneit. Wir haben nicht einen Verwundeten mitnehmen können. In Blut und Schnee liegt auch der erstarrte Körper des Leutnants Hagar... Ich muss immerfort an seine angstvollen todesahnenden Augen denken, an die Augen, die mich vor dem Hinaustreten in den Todesabschnitt ansahen...

Am Abend werden wir abgelöst. Es ist ruhig zwischen den Linien: der Moloch ist

Arbeitsloser hausiert.

Die Wolken hängen schwarz, Wind bläst um alle Ecken,
Nun zieh den Hut dir fester ins Gesicht.
Es hilft dir nichts —
Lauf, Hund, sonst mußt du mitteleidslos verrecken.

Die Bäume stehen starr wie Besen
Am Kanal.
Der Sommer ist gewesen,
Die Welt ist faul.

Ich lief den ganzen Tag wie ein verfolgter Dieb,
An Türen ist man oft vor mir erschrocken,
Und manche knallte zu mit einem Hieb,
Auf mancher Stiege blieb ich müde hocken.

Und manchmal kaufte man mir etwas ab.
Am liebsten geh ich in die Vorstadt raus,
Denn aus den feinen Vierteln weist man meist mich aus
Und bringt mich schleunigst auf den Trab.

Zuweilen sieht mich einer böse an,
Ich hab ihn wohl vom Essen aufgestört?
Ach ja, ich weiss, dass sich das nicht gehört.
Vielleicht war's auch ein vielgeplagter Mann...

Ja, wir sind lästig, weil wir da sind,
Sind Bettler überall, wo wir erscheinen,
Und wo wir bitten, flehen oder weinen,
Tets scheint's, dass wir der satten Ruh zu nah sind...

Was hab ich heut verkauft? Ein Päckchen Briefpapier,
Drei Karten, Schuhkrem, einen Schlüsselring,
Einen Zehner gab aus Mitleid mir
Der oder jener, dass ich weiterging. Julius Zerfass.

für Stunden gesättigt, schmatzend leckt er sich die blutigen Lefzen...

Eine halbe Stunde vor dem Abrücken gehe ich mit Kilb in die Finsternis hinaus. Bumann liegt dicht vor meinem Postenstand, der jetzt völlig zerschossen ist... Bumann?... Wir finden nur noch den Rumpf mit dem linken Arm, an dem auch noch die Hand fehlt... Der letzte Beschuss hat den armen Kameraden so zerlegt. Als ich ihn auf das Drahtverhau fliegen sah, hatte er vielleicht nur eine Wunde, wenn sie auch tödlich war.

Schrecklich hat sich sein Traum im Döberitzer Lager erfüllt. Nie werde ich sein letztes, furchtbares Hilfegebrüll vergessen.

Wir legen den schaurigen Rest des Toten in eine Zeltbahn und tragen ihn mit nach hinten. Im Beauveueweg graben wir ihn ein. Wir können nicht weinen... unser Inneres ist ausgebrannt. Morgen wollen wir ihm ein Kreuz setzen. Unsichtbar wird darauf eine Inschrift stehen:

„Mutter... dies ist dein Sohn...“

Der ewige Baum

Ist die Pappel ein unsterblicher Baum? Meist findet man die Angabe, dass die Pappel in Europa nur in männlichen Exemplaren vorkomme und dass sie durch Stecklinge weiter gezüchtet werde. So mag es nun schon Jahrhunderte hindurch gegangen sein, und alle jungen Pappeln sind nichts anderes als körperliche Stücke der einen Urpappel. Diese Urpappel (Populus pyramidalis) soll aus Persien nach Warschau und von da nach Mailand gekommen sein, von wo ein männliches Exemplar 1740 nach Wörlitz kam. Von diesem einen Baum stammte alle heutigen deutschen Pappeln durch die reinsten Form der Inzucht, nämlich Stecklingsvermehrung, ab. Man hat oft von Degeneration gesprochen, die „infolgedessen“ eingetreten sei, allein tatsächlich ist eine solche nicht festzustellen, und übrigens wäre ein Alter von 330 Jahren (der erste Baum kam um 1600 nach Warschau) nicht viel für einen Baum.

Merkwürdig ist übrigens, dass eine ähnliche Sachlage für die Trauerweide vorliegt, da sind nämlich alle vorhandenen Exemplare weibliche Formen, männliche kommen bei uns nicht vor. Um 1700 wurde ein weiblicher Baum der Trauerweide nach England eingeführt, und von diesem einen Baum stammen all die Trauerweiden in unseren Gärten und auf unseren Friedhöfen. Hier ist also wieder ein Baum „ewig“.

Beide Fälle, Pappel und Trauerweide, geben allerlei biologische Fragen auf. Ob aus Stecklingen des ewig männlichen Baumes nicht einmal, gleich einer Eva aus Adams Rippe, durch Mutation ein weiblicher Populus entstehen könnte? Wer will es als unmöglich bestreiten! Und dann die Tatsache der Zweigeschlechtigkeit zusammen mit der Doppelhäusigkeit oder Einhäusigkeit — bedenkt man tierische zwischengeschlechtliche Bildungen — so kann der Gedanke nicht abgewiesen werden, dass vielleicht die ganze Sexualität unserer Organismenwelt nichts anderes denn ein Spiel des Zufalls ist. So ewig wie unsere Organismen durch sexuelle Vermehrung werden, könnten sie am Ende auch ohne diese sein, wenn auch nur in primitiveren Formen. R. L.

Allerlei Humor

Die Rechnung. Brettmann Junior schreibt abends Rechnungen aus für Brettmann senior, den Tischlermeister. — Der Junge schreibt. Der Alte liest die Zeitung und raucht die Pfeife. — Ganz kurzer Dialog: „Was soll ich Herrn Böhme auf die Rechnung setzen für die Möbelreparaturen? Es sind zehn Arbeitsstunden.“ — Der Alte: „Zehn Stunden? Das wären 28 Mk. Oder runde ab auf 30! Ja, 30 Mk. also. Oder halt! Schreibe lieber 32. Damit es nicht so abgerundet aussieht.“

Bücher und Zeitschriften

Alle hier angezeigten Bücher können durch die Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes, Berlin SO 16, Am Köllnischen Park 2, bezogen werden.

Deutsche Berniskunde. Ein Querschnitt durch die Betriebe und Arbeitskreise der Gegenwart. Herausgegeben von Otto Henz v. d. Grabenitz und Carl Meißner, unter Mitarbeit von Alfred Fritz, Walter Graß, Hans Harbison und Peter Salzkamp. 829 Seiten mit 195 Abbildungen. Verlag Bibliographisches Institut AG, Leipzig. In Leinen gebunden 21 Mk. — Die Wirtschaft zeigt heute ein anderes Gesicht als vor Jahren. Mancher einst blühende Gewerbebetrieb ist verschwunden, neue Industrie sind entstanden. Unzählige Menschen müssen ihren Beruf aufgeben und sind gezwungen, sich nach neuen Arbeits- und Verdienstmöglichkeiten umzusehen. Wo sind solche Möglichkeiten? Auf diese Frage weist die Berniskunde durch das vorliegende Buch keine Antwort. Aber es vermittelt dem Leser einen Einblick in den Lebenszusammenhang der Arbeit des einzelnen in Arbeit anderer Berufsgruppen, indem es alle Berufs- und Bevölkerungsschichten bei ihrer Tagesarbeit zeigt. Erfreulicherweise bleibt die Darstellung der einzelnen Betriebe und Berniskunden nicht in der üblichen Weise an die inneren Probleme der Betriebe gebunden, sondern führt die Arbeiter der einzelnen Betriebe in die allgemeine Lage der Wirtschaft ein. Es werden die Arbeiter der einzelnen Betriebe in die allgemeine Lage der Wirtschaft einbezogen. Es werden die Arbeiter der einzelnen Betriebe in die allgemeine Lage der Wirtschaft einbezogen.

habe geschrieben worden ist. Der Säger zum Beispiel wird mit Recht bestreift, dass seine Arbeit „eine recht einfache maschinelle Tätigkeit ist“. Es wäre besser gewesen, die Herausgeber des in ganzen Lebenswerten Dacheis hätten sich von wirklichen Sachverständigen der einzelnen Berufe beraten lassen.

Der Pariser Kommuneraufstand. Von Lissagaray. Mit einem Vorwort von K. H. Wolff und einem Anhang: Briefe von Karl Marx und Jenny Marx über die Kommune. Soziologische Verlagsanstalt, Berlin W 30, Passauer Straße 3. Preis in Leinen gebunden 2,85 Mk. — Seit dem heroischen Kampf des Pariser Proletariats sind jetzt 60 Jahre verflossen. Der 18. März 1871 brachte den Sieg der Kommune. Aber dann kam die blutige Maiwoche, die verzweifelten Kämpfe der Kommune, die schließlich der Reaktion unterlag. Sie nahm grausame Rache an ihren Opfern. Lissagaray, der Geschichtsschreiber der Kommune, stand selbst auf den Barrikaden, es gelang ihm aber, sich der Rache der Sieger durch die Flucht ins Ausland zu entziehen. Eine deutsche Übersetzung von Lissagarays Werk ist zuerst in der von J. H. W. Dietz in Stuttgart herausgegebenen „Internationalen Bibliothek“ erschienen. Der neuen Ausgabe der Soziologischen Verlagsanstalt liegt die letzte, von Lissagaray selbst stark geänderte französische Ausgabe zugrunde. Der kommunistischen Einstellung des Übersetzers und Herausgebers entsprechend, zieht er in seinem Vorwort gewisse Vergleiche mit der russischen Revolution im Jahre 1917 und er weist auf die Rolle hin, welche das Studium der Kommune auf das Lebenswerk Lenins ausgeübt hat.

Der Film „Im Westen nichts Neues“ in Bildern. Ernst Rowohlt Verlag, Berlin. Preis kartoniert 2,85 Mk. — Remarques Buch „Im Westen nichts Neues“ hat wie eine Bombe eingeschlagen. Es zeigt den Krieg in seiner wahren, schrecklichen Gestalt. Die gleiche Wirkung hat der nach diesem Buch gedrehte Film. Der verlogene Nationalismus schämte vor Wut. Die Linsenscheit der Nazis bekämpfte seine Vorführung mit weissen Mäusen und Hündschleichen und die Oberprüfstelle beugte sich diesen Argumenten. Die Vorführung des Films ist in Deutschland verboten. Das vorliegende Buch bringt auf 128 Seiten eine Menge Einzelzeilen aus dem verbotenen Film. Die Darstellungen geben einen Begriff von der Wucht dieses Bildstreifens. Das Buch, das nur Bilder, keinen Text enthält, ist zugleich eine vernichtende Anklage gegen die Behörden, die geglaubt haben, das deutsche Volk vor dem Anblick dieser Bilder bewahren zu müssen.

Die Nationalsozialisten im neuen Reichstag, Oktober 1930 bis Februar 1931. Verlag der Antifaschistischen Presse-Korrespondenz (Dr. Helmut Klotz), Berlin NW 57, Siegmundhof 12. Preis 60 Pf. — Auf rund 90 Seiten enthält dieses Buch eine Menge Material gegen die Nazis. An Hand ihrer eigenen Faten wird die Verlogenheit der Nazi-Programme verdeutlicht. Ein gutes Sach- und Stichwortverzeichnis erleichtert die Benutzung dieses wertvollen Buches.

Erziehung zum politischen Denken. Von Otto Jense. Jungsozialistische Schriftenreihe. E. Läubische Verlagbuchhandlung, Berlin W 30. Preis 85 Pf. — Der Verfasser ist seit Jahren der Leiter der Volkshochschule Tinz und als solcher zweifellos berufen, über die Theorie und die Praxis der sozialistischen Bildungsarbeit mitzureden. Und was er sagt, verdient alleseitige Beachtung.

Sozialistische Bildung. Monatschrift mit den ständigen Beilagen „Bücherwart“ und „Sozialistische Bildung“. Herausgegeben vom Reichsausschuss für sozialistische Bildungsarbeit, Berlin SW 68, Linden-

strasse 3. Bezugspreis vierteljährlich 1,50 Mk. Einzelnummern kosten 75 Pf. Probeheft stellt der Herausgeber auf Wunsch gern zur Verfügung.

Das neue Bild. Zeitschrift zur Pflege von Film und Photo in der Arbeiterbewegung. Organ des Arbeiter-Lichtbild-Bundes Deutschland, Sitz Berlin. Verlag der Neuen Gesellschaft, Berlin S 12, Alexandrinenstrasse 37. Bezugspreis für ein halbes Jahr 3 Mk.

Landsarbeiter-Archiv. Herausgeber: Deutscher Landsarbeiter-Verband. Verlag: Enckelhaus GmbH, Berlin SW 48. Einzelhefte 2 Mk., Bezugspreis für ein halbes Jahr 10 Mk.

Zentralkrankenkasse der Tischler, Sitz Hamburg. Abrechnung der Hauptkasse für März 1931. Versandte Zuschüsse ... 63.950,— Mk. Andere Ausgaben ... 7.083,82 Mk. 71.063,82 Mk. Ungesandte Überschüsse 7.886,55 Mk. Andere Einnahmen ... 8.852,27 Mk. 16.739,27 Mk. Mehrausgabe 51.324,55 Mk. H. Malchow, Hauptkassierer.

Den Ortsverwaltungen zur Kenntnis, dass die Zahlentabellen zur Anszahlung der Kranken- und Sterbegelder ab 6. April bereits zum Versand gelangt sind. Die Jahresabrechnungen und das Mitteilungsblatt Nr. 5 kommen gleich nach dem 15. April zum Versand. Bei Nichterhalten der Sendungen wolle man gleich reklamieren. G. Kühr, Vorsitzender.

Verantwortlicher Schriftföher: M. Kayser, Berlin. Druck und Verlag: Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes G. m. b. H., Berlin SO 16, Am Köllnischen Park 2.

Bleistifte und Maßstäbe

Bleistift Nr. 255, rund, rot poliert	0,55	4,—	Mk.
Bleistift Nr. 284, runder, hart, 2 und 3	0,65	4,—	Mk.
Bleistift Nr. 288, rot poliert, weiche, 2, 3 u. 4	0,65	4,—	Mk.
Bleistift Nr. 305, rund poliert, weiche, 2, 3 u. 4	0,70	4,—	Mk.
Bleistift Nr. 618, hoch weiss, Zimmerm., 20 cm lang	0,80	4,—	Mk.
Bleistift Nr. 2524, hoch, rot, Zimmerm., 20 cm lang	0,80	4,—	Mk.
Bleistift Nr. 1250, „Apollo“, in 15 Härten, 6 bis 7 H	3,00	30,—	Mk.
Kopierstifte „Apollo“, best. Qual., hart, mittel, weich	1,—	11,—	Mk.
Farbstifte, blau und rot	1,40	15,—	Mk.
Signierkreide, blau	1,40	15,—	Mk.
Graphitstifte, schwarz	1,40	15,—	Mk.

Maßstäbe Nr. 907A, 2 m, Feder, 1 m, Meter Meter 0,40 4,— Mk.
 Maßstäbe Nr. 907B, 2 m, Feder, 1 m, Meter Rheinl. 0,40 4,— Mk.
 Maßstäbe Nr. 1076A, 102 cm, Feder, 1 m, Meter Meter 0,60 6,00 Mk.
 Maßstäbe Nr. 1076B, 102 cm, Feder, 1 m, Meter Rheinl. 0,60 6,00 Mk.
 Maßstäbe Nr. 1080A, 105 cm, Feder, 2 m, Meter Meter 1,— 11,— Mk.
 Maßstäbe Nr. 1080B, 105 cm, Feder, 2 m, Meter Rheinl. 0,70 8,— Mk.
 Schwindmaßstäbe Nr. 2032, 6, Feder, 1 m, 15 cm, 20 cm 0,90 6,60 Mk.
 Schwindmaßstäbe Nr. 2032, 6, Feder, 1 m, 15 cm, 20 cm 0,80 6,60 Mk.

Diese Preise gelten nur beim Bezug durch die Verwaltungsstelle und sind für Lieferung nur gegen Vorauszahlung des Betrages.

Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes GmbH, Berlin SO 16, Am Köllnischen Park 2, Postscheck (D.H.V.) 283 97

Tischler-Fachschule Köthen

Ausbildung zu Meistern, Technikern usw. = Prospekt gegen Rückporto

Fahrräder

von 36,— RM. an, ballunbereift von 58,— RM. an, mit 5 Jahren Garantie. Prachtkatalog gratis.

WILH. WELLERDIEK
Brackwede - Bielefeld 34

Hobelbänke 65 RM

2 m lg., kompl., Stahlsp., la Qualität, Blatt beste ged. Kothb. Preis, gratis. Karl Ramisch, Pirna, Artilleriekaserne

Stuhlfluchtrohr

Beste, ergiebigste Qualität. Halbld. rotband Nr. 2a 3a 4a pro Pfund Mk. 4,20 4,— 3,80 bei 9 Pfund 10 Prozent Rabatt.

Max Walther
Dresden-N. 22, Rehfelder Str. 55

Original-süddeutsche Hobelbänke 74

la Qualität, 200 cm hintere Blattlänge, kompl. mit Stahlspindel, ab südd. Station. Garantie für jede Bank. Abbildungen u. Werkzeugkatalog gratis.

M. WALTHER / Dresden-N.
Rehfelder Strasse 53



Echt **ULMIA**

Putz- und Doppelmodell, 195 Mk. Andere Werkzeuge auf Anfrage. Vers. und per Nachnahme.

Loop, Reichelt, Löbau (Sa.).

„Wie der Tischler zeichnet“

findet man in den beiden Bänden **PRAKTISCHE WINKE** von Arch. Schultheiss und Ulrich

BAND I
in Ganzleinen gebunden, enthält:
Wie konstruiere ich?
Massnahmen im Bau
Möbelmasse
Kalkulation
Buchführung
Die maschinelle Einrichtung

BAND II
in Ganzleinen gebunden, enthält:
Vom Fachzeichnen des Tischlers
Die Werkstattzeichnung
Perspektive
Baufischlerarbeiten
Herstellung der Türen und Fenster
Fachtechnisches
Werbetätigkeit

Jeder Band 2,75 Mark, zusammen bezogen 5 Mark

Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes G. m. b. H., Berlin SO 16, Am Kölln. Park 2

KOLLEGEN!

Kauft eure Bücher über die Verlagsanstalt des Verbandes. Sie liefert alle im Buchhandel erschienenen Werke. Bestellungen nehmen sämtliche Verwaltungen entgegen.

Original-süddeutsche Hobelbänke 74 Mark,

2 m hintere Blattlänge, Stahlspindel, Werkzeug-Neuheiten. Preisliste gratis und franko.

Otto Bergmann, Berlin-Lichterfelde-West.

Radikaler Preisabbau!



Anderer reden **Wir beweisen** durch unseren neuen Katalog. Zusendung kostenlos.

Sigurd Gesellschaft Kassel 15

Intarsien aller Art

Fabrikation aller Art in Rosenheim, E. Boller, Heidelberg, Theaterstrasse 7.

Stahl-Betten

Stahlbetten, Kinderbetten, Polsterbetten, Federbetten, Eisenmöbel, etc. (Höring)

Die Intarsia

76 Abbildungen mit 125 Einzelmotiven, 2 farbige Tafeln. Preis 4,— Mk. Organisationspreis 2,60 Mk.

Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes GmbH, Berlin SO 16, Am Kölln. Park 2

Die Meisterprüfung im Tischlergewerbe

Preis in Ganzleinen geb. 8 Mark. Gehellert 6 Mark.

Billige böhmische Bettfedern!

1 Pfund graue, gute geschlossene Bettfedern 80 Pf. bessere Qualität 1 Mk., halbweisse feinstgige 1,20 Mk., und 1 Pfund weisse feinstgige geschlossene 1,70 Mk.

S. Benisch in Prag XII, Amerika ulice Nr. 180, Böhmen.

Sprechmaschinen-Laufwerke

zum Selbstbau, la Doppelschneckenfederwerk nur 11,50 Mk. 2 Sätze einer 20-cm-Platte spielend, mit allem Zubehör, zum Selbstbau, nach Katalog gratis und franko versandt wird von

Robert Husberg, Neuenrade (Westfalen) Nr. 10

VORZUGSANGEBOT!

Solange der Bestand reicht, liefern wir das Werk **Möbelvorlagen-Sammelband** 30 Tafeln im Massstab 1:10, enthaltend Speise-, Wohn-, Schlaf-, Herrenzimmer und Küchen.

In Mappe statt 12 Mark für 6 Mark

Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes Berlin SO 16, Am Köllnischen Park 2

BETTEN

1-schlafig, erhöht, federdicht. Oberbett mit 7 Pfund Unterbett mit 6 Pfund. Kissen mit 2 Pfund Vollständige Betten. Bettfedern, Halbdunen, Dunen.

Bettenfabrik H. MÖLLER
Kassel Nr. 21, Rönkebergstr. 8

Gummiwaren
Medicus Berlin SW 68.

Billige Böhm. Bettfedern
für alle Größen und Arten.

Josef Witt, Weiden 392 Oberpfalz.

Größtes Baumwollwebwaren-Spezialversandhaus der Art Europas mit eigenen Webwaren-Fabriken.

Ueber 2000 Arbeiter und Angestellte.

gibt wie folgt ab:

Nr. 1	Weißes Hemdentuch	schwere, gute, sehr haltbare Sorte, für starke Waschstücke, 80 cm breit, per Meter	- .28
Nr. 2	Vorhangstoff	sog. Gardinen, mit edelndantrentartigen Streifenmustern 70 cm breit, per Meter	- .19
Nr. 3	Hemdenflanell	etwas leichte Gebrauchsware, indanthrenfarbig gestreift 70 cm breit, per Meter	- .23
Nr. 4	Hemdenflanell	fast unzerreißbare, kräftige strapazierbare Qualität, edelndanthrenfarbig gestreift, 74 cm breit, per Meter	- .39
Nr. 5	Stuhltuch	auch Haustuch genannt, weiß, sehr dicht geschlossene, starke Qualität, für bessere, strapazierb. Belltücher, 150 cm br., p. Mt.	1.15
Nr. 6	Handtücher	strapazierbare, haltbare Qualität, weil nicht vollkommen gleichmäßig. Verkauf nach Gewicht per Pfund	1.25
Nr. 7	Strickwolle	garantiert reine Wolle, solide, strapazierbare Qualität, lieferbar in schwarz per Pfund	1.95

Diese Preise haben nur solange Gültigkeit, bis ein neues Inserat mit anderen Preisen erscheint.

Abgabe von jedem Artikel bis 100 Meter bzw. 10 Pfund. — Versand von Mk. 10,— an; ab Mk. 20,— portofrei. Nichtentsprechendes wird auf meine Kosten zurückgenommen und der volle ausgelegte Beitrag zurückbezahlt.